

Beteiligungsbericht 2016

Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts

**Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel**

www.finanzministerium.schleswig-holstein.de

Redaktionsschluss: März 2016

Dieser Bericht wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Bericht nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, den Bericht zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Geleitwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beteiligungsbericht der Landesregierung gibt einen Überblick über die 32 rechtlich selbständigen Unternehmen, an denen das Land unmittelbar beteiligt ist, und genauere Auskunft zur wirtschaftlichen Entwicklung von 22 Unternehmen, bei denen die Landesbeteiligung als besonders bedeutend eingestuft wird.



Zum Bestand der Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein gehören bekanntere Unternehmen wie zum Beispiel das UKSH (Universitätsklinikum Schleswig-Holstein) oder die AKN (AKN Eisenbahn AG) aber auch Unternehmen wie die InphA (Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH).

Die Beteiligungen des Landes an Unternehmen sind Teil einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Wirtschafts-, Struktur- und Standortpolitik der Landesregierung. Die Verwaltung der Beteiligungen orientiert sich dabei an den national und international anerkannten Standards guter Unternehmensführung, die das Land im Corporate Governance Kodex für Schleswig-Holstein (CGK-SH) festgelegt hat. Der Kodex legt die grundlegenden Bestimmungen zur Leitung, Überwachung und Prüfung von Unternehmen fest. Er soll einen kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung der Unternehmensführung und -überwachung anstoßen, sowie diese transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Zudem werden Standards für das Zusammenwirken von Gesellschaftern, Überwachungsorgan und Geschäftsleitung festgelegt. Dies dient in erster Linie dazu, das öffentliche Vertrauen in Unternehmen mit Landesbeteiligung zu stärken.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht informiert das Finanzministerium in übersichtlicher Form über den Bestand und aktuelle Entwicklungen der schleswig-holsteinischen Beteiligungen. Er liefert wesentliche Informationen zu den einzelnen Unternehmen – beispielsweise zu Geschäftsfeld und Geschäftsentwicklung, zur Höhe der Zuwendungen aus dem Landeshaushalt und zu den Mitarbeiterzahlen. Der Bericht dient als Informationsgrundlage sowohl für die Arbeit des Landtags, der die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel ausübt, als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Er wird deshalb über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Allen Vorständen, Geschäftsführern, Aufsichtsorganen und Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen, wie auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Beteiligungsverwaltung, möchte ich an dieser Stelle für ihren engagierten Einsatz danken.

Kiel, im Juni 2016

Monika Heinold

Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein

Landesbeteiligungen im Überblick	5
Gegenstand des Beteiligungsberichts	6
Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes	7
Beteiligungsbestand am 31.12.2015	8
Veränderungen am Beteiligungsbestand	10
Zusammengefasste Daten	11
Unternehmensdaten	14
AKN Eisenbahn AG	15
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	19
Dataport AöR	24
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	28
Elchdirektion Nord AöR	33
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	37
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	41
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	45
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	49
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	54
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH	57
HSH Finanzfonds AöR	60
HSH Nordbank AG	63
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	71
Life Science Nord Management GmbH	76
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	80
Nationalpark-Service gGmbH	84
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	87
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	91
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	95
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	100
Anhänge	104
Vertreter des Landes in Kontrollgremien	105
Abkürzungsverzeichnis	107

Landesbeteiligungen im Überblick

Gegenstand des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht informiert über die unmittelbaren Beteiligungen, die das Land Schleswig-Holstein an rechtlich selbständigen Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts unterhält. Einrichtungen, die keine rechtliche Selbständigkeit haben (z. B. Landesbetriebe) oder nicht unternehmensförmig strukturiert sind (z. B. Stiftungen) sind nicht Gegenstand des Berichts.

Der Bericht beinhaltet zunächst einen Überblicksteil zum Beteiligungsbestand und dessen Entwicklung. Außerdem geben zusammenfassende Daten aus der Beteiligungsverwaltung dem Leser eine Orientierung hinsichtlich Umfang und Bedeutung der Beteiligungspolitik in Schleswig-Holstein. Hier wird auch auf die Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen und Kontrollgremien eingegangen.

Im Anschluss wird ab Seite 14 über eine Auswahl von Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge ausführlicher berichtet, bei denen die Landesbeteiligung als bedeutend eingestuft wird. Bedeutend sind dabei grundsätzlich alle Beteiligungen, bei denen der Umfang der Landesbeteiligung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen sicherstellt. Außerdem werden Beteiligungen als bedeutend angesehen und ausführlich dargestellt, wenn die Tätigkeit des Unternehmens von herausragender Bedeutung für das Land ist. Einige kleinere Beteiligungen werden als nicht bedeutend bewertet und nicht genauer betrachtet. Dabei handelt es sich im Einzelnen um die folgenden Beteiligungen:

- Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH,
- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH,
- FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH,
- GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder / NKL Norddeutsche Klassenlotterie AöR,
- Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH,
- HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH,
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR,
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH,
- ÖPP Deutschland AG,
- Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH.

Für die bedeutenden Beteiligungen macht der Bericht Angaben zur Beteiligungsstruktur, zum Unternehmenszweck, zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Entwicklung. Zur Verbesserung der Transparenz beinhaltet der vorliegende Bericht auch Angaben zur Vergütung der Aufsichts- oder Verwaltungsratsmitglieder (ohne reine Aufwandsentschädigungen). Angabe zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB. Ergänzend findet sich im Anhang eine Übersicht aller vom Land entsandten Vertreterinnen und Vertreter in Kontrollgremien der Landesbeteiligungen.

Der Bericht erfasst soweit sinnvoll den aktuellen Informationsstand zum 31.12.2014 (Eigentumsverhältnisse) bzw. zum Redaktionsschluss im März 2016 (Besetzung der Unternehmensorgane). Da zum Redaktionsschluss noch nicht für alle Unternehmen die testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2015 vorliegen, basieren die Unternehmensdaten aus den geprüften Geschäftsberichten im Sinne einer konsistenten Berichterstattung für alle Unternehmen auf den Jahren 2012 bis 2014. Ergänzende Ausführungen zu wichtigen jüngeren Entwicklungen vervollständigen das Bild. Die nächste jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichts wird genauere Angaben zur Geschäftsentwicklung im Jahr 2015 liefern.

Die Veröffentlichung dieses Berichts erfolgt ausschließlich in elektronischer Form.

Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes

Rechtliche Grundlage für die Beteiligungspolitik des Landes Schleswig-Holstein ist § 65 der Landeshaushaltsordnung (LHO). Dort sind die Voraussetzungen genannt, unter denen sich das Land an privatrechtlichen Unternehmen beteiligen darf. Die unternehmerische Betätigung des Landes ist demnach nur zur Verfolgung wichtiger Interessen des Landes zulässig, wenn sich der vom Land angestrebte Zweck nicht auf anderem Wege besser und wirtschaftlicher erreichen lässt. Ob ein solches Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, wird nicht nur beim Neuerwerb von Beteiligungen, sondern auch im Rahmen der Optimierung des Beteiligungsportfolios hinterfragt. Grundsätzlich soll der Staat als Unternehmer die Ausnahme sein. So ist denn auch die Anzahl der schleswig-holsteinischen Unternehmensbeteiligungen mit aktuell 32 überschaubar.

Die Ziele des Landes Schleswig-Holstein beim Eingehen und Halten von Beteiligungen sind vielfältig. Insbesondere sind hier zu nennen

- die Wirtschaftsförderung und die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes,
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Technologie- und Innovationstransfer sowie die Ansiedlung neuer, technologieorientierter Unternehmen,
- die Förderung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- die Daseinsvorsorge,
- die Schaffung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und
- die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Beteiligungen dienen als Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und zur Umsetzung politischer Ziele in all diesen unterschiedlichen Bereichen. Der Erfolg der Beteiligungspolitik zeigt sich daran, ob diese Ziele erreicht werden. Die Einnahme- oder Gewinnerzielung ist im Gegensatz dazu kein vorrangiges Ziel. Zwar sollen die Landesbeteiligungen effizient wirtschaften, in einigen Fällen erlaubt aber die Art ihrer Aufgaben kein kostendeckendes Arbeiten. In diesen Fällen fließen Zuwendungen aus dem Landeshaushalt. Diese werden, ebenso wie anders geartete wichtige Finanzbeziehungen zwischen dem Landeshaushalt und den Unternehmensbeteiligungen (etwa in Form von Leistungsentgelten) ab Seite 14 aufgeführt.

Beteiligungsbestand am 31.12.2015

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
AKN Eisenbahn AG	4.903.600	2.446.406	49,89
Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH	100.000	2.000	2,00
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	3.995.000	1.149.000	28,76
Dataport AöR	51.000.000	7.500.000	14,71
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	62.600	3.700	5,91
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	27.000	500	1,85
Elchdirektion Nord AöR	2.610.000	1.250.000	47,89
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	75.000	25.000	33,33
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	25.600	6.450	25,20
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	163.613	10.226	6,25
GBS Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	25.000	12.500	50,00
GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR	2.000.000	wird nicht ausgewiesen	Stimmrecht nach Königsteiner Schlüssel des Vorjahres
GM.SH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	8.000.000	8.000.000	100,00
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	300.000	77.250	25,75
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH	750.000	750.000	100,00
Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	40.903	1.023	2,50
HSH Finanzfonds AöR	0	0	50,00

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
HSH Nordbank AG	3.018.224.530		9,58 unmittelbar und 32,5 mittelbar über HSH Finanzfonds
HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH	60.000	1.800	3,00
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	38.400	6.400	16,67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR	3.750.000.000	23.900.000	0,64
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926	1.023	2,44
NAH.SH Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	26.010	13.005	50,00
Nationalpark Service gGmbH	50.000	27.500	55,00
Life Science Nord Management GmbH	62.500	25.000	40,00
ÖPP Deutschland AG	1.770.000	10.000	0,56
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	1.663.000	873.000	52,50
UKSH Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	19.364.586	19.364.586	100,00
WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	400.000	204.000	51,00
Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	511.500	30.690	6,00

Veränderungen am Beteiligungsbestand

Bestandsänderungen	Art der Veränderung
Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH (Olympia GmbH)	Neugründung
HIS Hochschul-Informations-System eG	Beendigung der Mitgliedschaft

Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH (Olympia GmbH)

Gemäß Beschluss des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) vom 21.03.2015 sollte sich die Freie und Hansestadt Hamburg beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewerben. Als Austragungsort für die Segelwettbewerbe wurde seitens des DOSB-Präsidiums und der FHH die Stadt Kiel benannt.

Zwecks Umsetzung der Bewerbung wurde die Olympia GmbH am 30.06.2015 gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung aller Aufgaben und Belange im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2024 in Hamburg, insbesondere die Ausarbeitung der erforderlichen Bewerbungsdokumente.

Die weitere Bewerbung Hamburgs stand jedoch unter dem Vorbehalt eines positiven Volksentscheids in Kiel und Hamburg. In dem am 29.11.2015 durchgeführten Referendum sprach sich eine Mehrheit der Teilnehmer in Hamburg gegen eine Fortführung der Bewerbung aus. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses haben der DOSB und die Freie und Hansestadt Hamburg ihre Bewerbung beim IOC zurückgezogen. Infolgedessen wurde die Auflösung der Gesellschaft beschlossen.

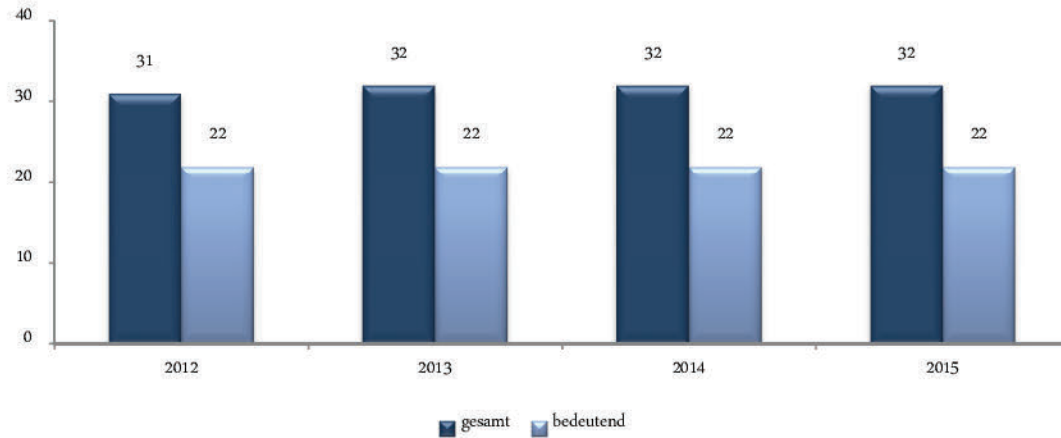
HIS Hochschul-Informations-System eG

Durch die Abteilung Hochschul-IT der ehemaligen HIS GmbH erhielten bislang alle schleswig-holsteinischen Hochschulen ihre IT-Produkte und IT-Dienste. Als Gesellschafter der ehemaligen HIS GmbH fungierte das Land insbesondere auch als Interessenvertreter der Hochschulen. Die in 2014 erfolgte Umwandlung der HIS GmbH in eine Genossenschaft hat es den Hochschulen ermöglicht, als Mitglieder beizutreten und selbst direkten Einfluss auf die HIS eG auszuüben, so dass in dieser Hinsicht kein Bedarf an einer eigenen Mitgliedschaft des Landes mehr besteht. Da das Land Schleswig-Holstein selbst keine Produkte und Dienstleistungen der HIS eG bezieht, ist das besondere Interesse i.S.d. § 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO an einer weiteren Mitgliedschaft nicht mehr gegeben. Die Mitgliedschaft in der HIS eG wurde daher zum 31.12.2014 gekündigt.

Zusammengefasste Daten

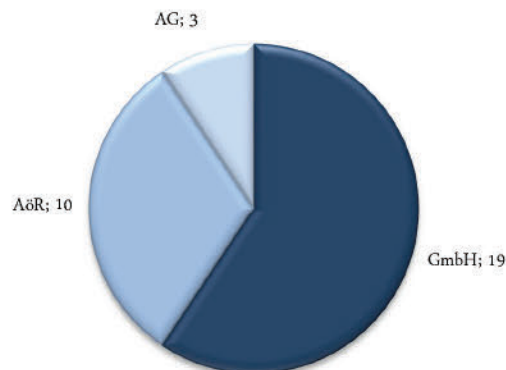
Das Land Schleswig-Holstein ist derzeit unmittelbar an 32 Unternehmen beteiligt. In 22 Fällen wird die Beteiligung als bedeutend eingestuft und im nächsten Abschnitt dieses Berichts näher betrachtet. Gegenüber dem Jahr 2014 hat es bei der Zahl sowohl der bedeutenden Beteiligungen als auch der weniger bedeutenden Beteiligungen keine Veränderung gegeben.

Anzahl der Landesbeteiligungen



Die Mehrzahl der Unternehmen, an denen sich das Land beteiligt, wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Bei zwei bedeutenden Unternehmensbeteiligungen und im Fall einer kleineren Beteiligung handelt es sich um AGs (AKN Eisenbahn, HSH Nordbank, ÖPP Deutschland), die übrigen Landesbeteiligungen sind als Anstalten öffentlichen Rechts organisiert.

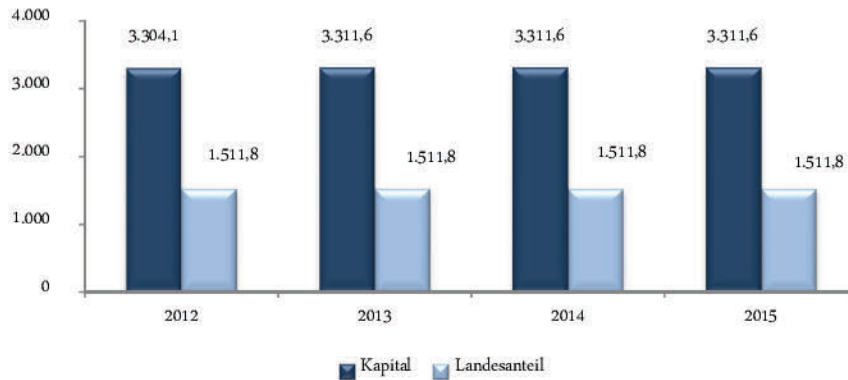
Landesbeteiligungen nach Rechtsform



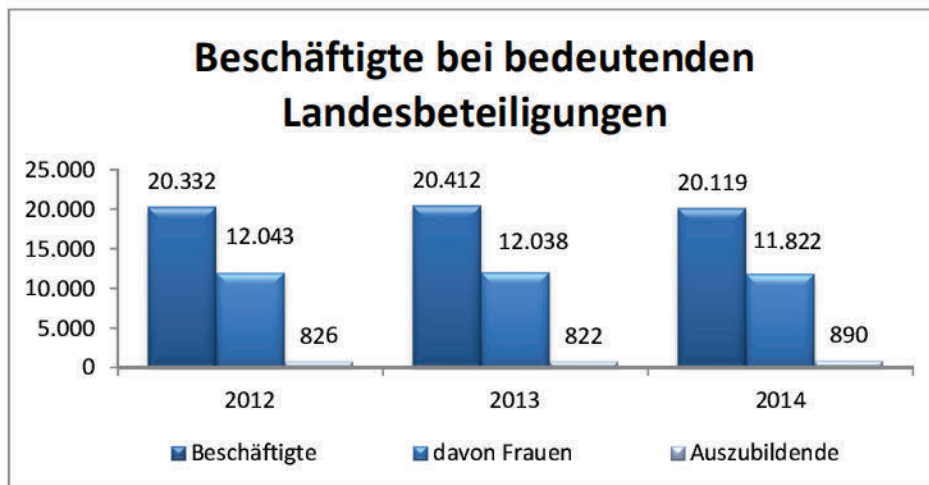
Unter den bedeutenden Beteiligungen befinden sich aktuell fünf Unternehmen, bei denen das Land Alleineigentümer ist, fünf Unternehmen, an denen es 50 % oder mehr hält, und weitere acht Unternehmen mit einem Landesanteil zwischen 25 und 50 %.

Der Landesanteil am gezeichneten Kapital aller bedeutenden Beteiligungen in der vorne erläuterten Abgrenzung beträgt 1.511,8 Mio. € von 3.311,6 Mio. €. Bezogen auf sämtliche Beteiligungen einschließlich der weniger bedeutenden hält das Land 1.535,8 Mio. € von insgesamt 7.066,3 Mio. € Unternehmenskapital. In der folgenden Abbildung erkennt man, dass die Beteiligung an der Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH sowie die Kündigung der Mitgliedschaft an der HIS eG keine Auswirkungen auf das Beteiligungsvolumen des Landes Schleswig-Holstein gehabt haben.

gezeichnetes Kapital der bedeutenden Landesbeteiligungen und Landesanteil daran, in Mio. €

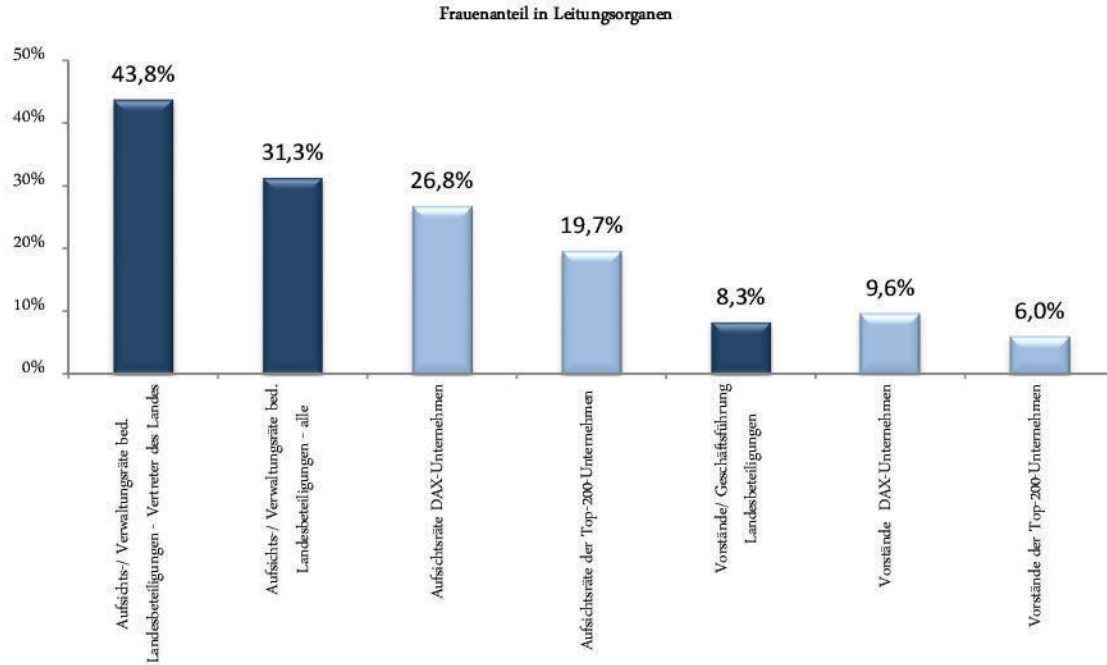


Die Zahl der Beschäftigten bei den Unternehmen mit bedeutender Landesbeteiligung hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. Insgesamt arbeiteten 2014 in diesen Unternehmen außer der Geschäftsführung 20.119 Beschäftigte, davon rd. 59 % Frauen. Rund ein Drittel der Beschäftigten arbeitete in Teilzeit, so dass sich ein Beschäftigungsvolumen von 16.797,5 Vollzeitäquivalenten ergibt. 890 Auszubildende hatten 2014 einen Ausbildungsvertrag bei einem dieser Unternehmen.



Die größten Arbeitgeber unter den bedeutenden Landesbeteiligungen sind das UKSH (11.819 Beschäftigte im Jahr 2014), die HSH Nordbank (2.929), Dataport (2.177) und die GMSH (1.274).

Bei den Führungspositionen achtet das Land auf eine zunehmend ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern. So liegt der Frauenanteil bei den vom Land bestellten Vertretern für die Aufsichts- oder Verwaltungsratsposten bei bedeutenden Landesbeteiligungen aktuell bei 45,65 % – im Vergleich zu 31,33 % unter allen Aufsichtsratsposten dieser Unternehmen, 26,8 % bei den 30 DAX-Unternehmen und nur 19,7 % bei den 200 umsatzstärksten deutschen Unternehmen (ohne Finanzsektor) (Quelle: DIW 2016). Unter den 36 Geschäftsführern und Vorständen sind dagegen nur 3 Frauen, das entspricht einem Anteil von 8,3 % und liegt damit leicht unter dem Frauenanteil bei DAX-Vorstandsposten mit 9,6 % (Quelle: DIW 2016). Der Anteil übersteigt aber den der Top-200-Unternehmen, bei dem der Anteil der Frauen bei 6,0 % liegt (Quelle: DIW 2016).



AKN Eisenbahn AG



Rudolf-Diesel-Straße 2
 24568 Kaltenkirchen
 Telefon: 04191 / 93 39 33
 Fax: 04191 / 93 31 18
 Mail: info@akn.de
 Internet: www.akn.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Betrieb und der Erwerb von Eisenbahnen für den Personen- und Güterverkehr, die Einrichtung, der Betrieb und der Erwerb von Kraftfahrlinien und Verkehrsmitteln anderer Art für den Personen-, Gepäck- und Güterverkehr sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der AKN	4.903.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	2.446.406	49,89
Freie und Hansestadt Hamburg	2.451.800	50,00
Streubesitz	5.394	0,11

Vorstand

Wolfgang Seyb

Aufsichtsrat

- Dr. Christiane Sorgenfrei (Vorsitzende), FM SH
- Norbert Hogreve (stellvertretender Vorsitzender), BWVI HH
- Mona Andresen, MWAVT SH
- Jan Peter Schröder, Landrat des Kreises Segeberg
- Jens-Günter Lang, HHA
- Dr. Annette Kersting, BWVI HH
- Holger Wilke, AKN (bis 31.03.2016)
- Stefanie Breyer, AKN (ab 01.04.2016)
- Siegbert Paschke, AKN
- Arno Pooch, AKN

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2014 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 2.380 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil AKN (in %)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH und Co. KG	1.000	50,00
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00
1. nordbahn Fahrzeuggesellschaft mbH und Co. KG; Kaltenkirchen	25	50,00
ENFG Verwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	119.997	89.813	85.215
Umlaufvermögen	41.032	72.241	23.685
Eigenkapital	13.652	13.652	13.652
Rückstellungen davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	29.216 24.946	27.261 23.672	27.552 22.580
Verbindlichkeiten	118.519	121.492	67.482
Bilanzsumme	161.438	162.483	109.357

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	17.387	17.039	16.418
sonstige betriebliche Erträge	7.066	8.236	6.743
Materialaufwand	13.642	13.679	12.889
Personalaufwand	14.194	14.238	14.058
Abschreibungen	5.243	5.379	5.596
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-15.098	-13.813	-14.622
außerordentliche Aufwendungen	331	2.549	331
Erträge aus Verlustübernahme	15.473	15.832	14.996
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	282	280	277
davon			
Frauen	35	37	36
Männer	247	243	241
Auszubildende	11	11	11
Teilzeitbeschäftigte	15	15	15
Vollzeitäquivalente	277,9	275,9	272,4

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	39.950	11.193	12.169
davon Zuschüsse	6.057	4.543	9.793
Zugkilometer (in Mio.)	2,58	2,57	2,57
Beförderte Personen (in Mio.)	10,57	10,39	12,51
Kosten des Personenverkehrs/Zugkilometer (in €)	6,01	5,37	4,41
Pünktlichkeitsgrad (in %)	98,8	97,2	97,9

Geschäftsverlauf

Die AKN konnte ihre Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 400 T€ auf 17,4 Mio. € steigern. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 7,1 Mio. € und liegen damit um 1,1 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Insgesamt ist die Vermögenslage der AKN in 2014 weiterhin geprägt durch die Finanzierung der neuen LINT 54 Triebfahrzeuge mit einem Volumen von rd. 60,2 Mio. €. Die Finanzierung erfolgt über ein Bankdarlehen, das im Jahr 2013 vollständig abgerufen wurde. In 2014 wurde ein Betrag von 29,5 Mio. € (Vorjahr rd. 5,9 Mio. €) fällig.

Die Bilanzsumme hat sich um 1,1 Mio. € auf 161,4 Mio. € (Vorjahr 162,5 Mio. €) verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 74,3 % (Vorjahr 55,3 %). Auf der Aktivseite der Bilanz erhöhte sich das Anlagevermögen um 30,2 Mio. € auf 120 Mio. € (Vorjahr 89,9 Mio. €) und war zum Bilanzstichtag zu 11,4 % (Vorjahr 55,3 %) durch eigene Mittel gedeckt. Das langfristig gebundene Vermögen war zu 107,1 % (Vorjahr 139,3 %) durch langfristige Mittel finanziert. Aufgrund der Anzahlung für die LINT 54 Fahrzeuge erhöhten sich die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau um 30,2 Mio. € auf 36,7 Mio. € (Vorjahr 6,5 Mio. €).

Die Passivseite der Bilanz war auch in 2014 geprägt von den Pensionsrückstellungen und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Im Bereich der Infrastruktur betragen die Erneuerung- und Erweiterungsinvestitionen rd. 9,4 Mio. €, wobei der Schwerpunkt auf der Erneuerung des Streckenabschnitts Kiel-Gaarden bis Opendorf lag. Darüber hinaus wurden auf allen Stationen der AKN die alten stationären Ticketautomaten durch neue und modernere Automaten ersetzt. Im Geschäftsjahr 2014 wurden Bruttoinvestitionen in Höhe von 39,9 Mio. € getätigt (Vorjahr 11,3 Mio. €). Für 2015 sind rd. 9,9 Mio. € vorgesehen.

Der Jahresverlust vor Ergebnisabdeckung betrug rd. 15,5 Mio. € (Vorjahr rd. 15,8 Mio. €).

Aufgrund der Regionalisierungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wird das Jahresergebnis nicht nach Gesellschaftsanteilen, sondern nach territorialen Aspekten durch die Gesellschafter ausgeglichen. Aus dem Landeshaushalt ist 2014 ein auszugleichender Betrag von 11.981 T€ geflossen.

Für das Jahr 2015 wird mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 22,7 Mio. € gerechnet.

Ausblick

Im Bereich der Infrastruktur ist für 2016 ein Brutto-Investitionsvolumen von rund 9,9 Mio. € für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen vorgesehen. Ein wesentlicher Teil hiervon entfällt auf die Reaktivierung der Strecke Kiel – Schönberger Strand und die Planung für die Elektrifizierung der AKN Strecke von Kaltenkirchen nach Eidelstedt. Um für dieses Vorhaben eine Förderung durch GVFG-Bundemittel zu ermöglichen, wurde von der NAH.SH GmbH eine Standardisierte Bewertung in Auftrag gegeben. Das Ergebnis der Bewertung ergab eine Faktor >1 , so dass eine GVFG-Förderung in Betracht kommt. In 2015 hat die AKN die Planungen für die Elektrifizierung fortgesetzt.

Ab Mitte 2015 sollen die neuen LINT 54 Triebfahrzeuge die fast 40 Jahre alten VTE-Doppeltriebwagen ablösen. Die alten VTE-Fahrzeuge sollen zum Fahrplanwechsel 2015/2016 durch die neuen Fahrzeuge ersetzt werden.

Für das Jahr 2016 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 25,2 Mio. € erwartet. Davon entfällt auf das Eisenbahnverkehrsunternehmen ein Fehlbetrag von rd. 23,1 Mio. €. Im Bereich des Eisenbahninfrastrukturunternehmens geht die AKN von einem Jahresfehlbetrag von rd. 2,1 Mio. € aus.



Lorentzendam 22

24103 Kiel

Telefon: 0431/59 38 - 0

Fax: 0431/59 38 - 160

E-Mail: info@bb-sh.de

Internet: www.bb-sh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Durchführung von

Ausfallbürgschaften für Kredite von Kreditinstituten, Bausparkassen, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft und Angehörige freier Berufe, Leasinggesellschaften und Versicherungsunternehmen, an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft, Angehörige freie Berufe sowie Existenzgründer in Schleswig-Holstein.

Garantien für Beteiligungen von Kapitalbeteiligungsgesellschaften an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freier Berufe in Schleswig-Holstein.

Voraussetzung ist, dass die Entwicklung und Förderung des zu begünstigenden Unternehmens betriebswirtschaftlich vertretbar und volkswirtschaftlich für Schleswig-Holstein erwünscht ist. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgt nicht. Es erfolgt stets ein revolvingender Einsatz der Mittel für die steuerbefreiten Zwecke der Wirtschaftsförderung.

Ferner ist die Bürgschaftsbank vom Land mit der Übernahme und Verwaltung von Sicherheits- und Gewährleistungen des Landes beauftragt (sog. Treuhandgeschäft).

Eigentumsverhältnisse	In €	In %
Stammkapital der Bürgschaftsbank	3.995.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.149.000	28,76
DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	471.000	11,79
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein I	420.000	10,51
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein II	402.000	10,06
Hamburger Sparkasse AG	287.000	7,18
UniCredit Bank AG	215.000	5,38
Commerzbank AG	201.000	5,03
Deutsche Bank AG	145.000	3,63
VR Bank Pinneberg-Elmshorn eG	100.000	2,50
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	80.000	2,00
Kieler Volksbank eG,		

Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG, Schleswiger Volksbank eG Volksbank Raiffeisenbank, Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe, Volksbank-Raiffeisenbank im Kreis Rendsburg eG, VR Bank eG, Niebüll VR Bank Flensburg - Schleswig eG, VR Bank Neumünster eG, VR Bank Ostholstein Nord-Plön eG,		
jeweils	50.000	1,25

Raiffeisenbank eG Heide, Raiffeisenbank eG, Handewitt, Sylter Bank eG		
jeweils	25.000	0,63

Geschäftsführer

- Hans-Peter Petersen
- Dr. Gerd-Rüdiger Steffen

Aufsichtsrat:

- Kurt Christoph von Knobelsdorff (Vorsitzender)¹, MWAVT SH
- Udo Hansen (2. Stellv. Vorsitzender), Handwerkskammer Flensburg
- Johannes Grützner, MELUR SH
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM SH
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Uwe Polkaehn, DGB Landesbezirk Nord
- Ulrich Wachholtz, Unternehmensverbände SH
- Enno Körte, Nord-Ostsee Sparkasse
- Hans-Hermann Wilckens, UniCredit Bank AG
- Joachim Wallmeroth, Sparkasse Holstein
- Hans-Christian Schneider, DZ BANK Hannover
- Stefan Witt, Volksbank Pinneberg-Elmshorn
- Werner Möller, Hamburger Sparkasse
- Dirk Dejewski, VR Bank Neumünster eG
- Dirk Stölting, Commerzbank AG

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2014 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 1.350 € gezahlt.

¹ Die Position des 1. Stellv. Vorsitzenden ist aktuell nicht besetzt. Die Wahl erfolgt im Mai 2016.

Beteiligungen	in €	in %
Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH	10.500	3,41

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz:	2014	2013	2012
Forderungen an Kreditinstitute	14.599	12.599	15.034
Forderungen an Kunden	1.723	988	1.041
Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere	75.993	77.031	76.050
Treuhandvermögen	7.271	912	1.665
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	12.167	12.252	15.701
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	2.702	976	516
Rückstellungen gesamt	42.725	43.085	42.229
Fonds für Bankrisiken	2.300	2.300	2.023
Eigenkapital bilanzrechtlich	38.027	37.687	37.374
Bilanzsumme	105.332	97.297	99.613
Eventualverbindlichkeiten davon Rückbürgschaften- u. garantien Land	307.752 89	309.850 89	314.456 89

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Zinserträge gesamt	2.509	2.773	3.213
Zinsaufwand	113	129	225
Provisionserträge	5.971	5.760	5.633
Verwaltungsaufwand	4.136	3.997	3.961
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Forderungen	1.472	2.950	3.268
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens	3.648	214	175
Zuführung/ Auflösung Fond für Bankrisiken	0	277	0
Jahresergebnis	340	474	500

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	43	43	43
davon			
Frauen	23	23	23
Männer	20	20	20
Auszubildende	-	-	-
Teilzeitbeschäftigte	18	20	21
Vollzeitäquivalente	35,6	36,3	35,97

Kennzahlen	2014	2013	2012
Neugeschäft			
Anzahl Anträge	665	707	778
Anzahl Bewilligungen	505	499	547
Bürgschaftssumme in T€	70.000	66.000	67.000
Bewilligungsquote	76%	70%	70%
Ausfälle			
Kreditnehmer	118	126	116
Ausfälle in T€	8.255	11.214	9.771
davon BB-Anteil in T€	2.545	3.681	3.178
nachrichtlich: Anteil Land in T€	2.728	2.987	2.812
Bürgschafts- und Garantievolumen in T€	446.700	441.300	448.200
Anzahl Kreditnehmer	3.255	3.308	3.376
Eigenkapital gesamt gem. CRR (ab 2014)	39.799	40.455	40.117

Geschäftsverlauf

In der Gesamtwürdigung kann der Geschäftsverlauf 2014 als gut bezeichnet werden. Das Neugeschäftsvolumen ist von 66 Mio. € auf 70 Mio. € gestiegen. Die Anzahl der Bewilligungen erhöhte sich leicht um 6 auf 505 Stück. Ausschlaggebend für den positiven Verlauf ist eine erhöhte Gewährleistungsübernahme u.a in der Größenklasse über TEUR 500. Die durchschnittliche Bürgschafts- und Garantiesumme lag bei TEUR 138 (VJ TEUR 131). Insgesamt erhöhte sich das gesamte Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zzgl. Bestand Bürgschaften und Garantien) trotz Tilgungen und Ausfallzahlungen um 5,4 Mio. € auf 446,7 Mio. €. Somit konnte die Bank im Vergleich zum Vorjahr durch das erhöhte Neugeschäft eine Kompensation erreichen.

Es ist festzustellen, dass bei dem relativ niedrigem Zinsniveau die Kreditwirtschaft die Besicherung weiterhin in die eigenen Bücher nimmt. Die Ausnahmen bilden lediglich die höheren Größenklassen. Dieser Trend ist im gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen.

Wie zukünftige Änderungen bezüglich der Solvabilitätskennziffer (Eigenkapitalunterlegung) der Basel III-Regularien für Kreditinstitute sich weiterhin auswirken, bleibt abzuwarten. Eine Konjunkturabschwächung zum Jahresende zeigte deutliche Auswirkungen auf das Neugeschäftsvolumen.

Erfreulicherweise wurde die Bürgschaftsbank aus Bürgschaften und Garantien im Jahr 2014 weniger in Anspruch genommen. Bei 118 Ausfällen zahlte die Bank TEUR 8.255. 2013 belief sich die Gesamtzahlung noch auf TEUR 11.214 bei einer Stückzahl von 126. Die Gründe lagen in 2013 im Wesentlichen an einer größeren Einzelausfallzahlung. Die 10 größten Ausfallzahlungen im Jahr 2014 betragen TEUR 2.334. Im Vorjahr lag dieser Wert, bedingt durch den erwähnten sehr hohen Ausfall, bei TEUR 3.474.

Trotz eines rückläufigen Zins- und Provisionsergebnisses (2014: TEUR 8.367; 2013: TEUR 8.404) konnte im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von TEUR 340 (2013: TEUR 474) erzielt werden.

Das für Banken relevante Eigenkapital gem. CRR (Capital Requirements Regulation (Kapitaladäquanzverordnung)) reduziert sich aufgrund von Bewertungsveränderungen von TEUR 40.455 auf TEUR 39.799.

Ausblick

Das Neugeschäft 2015 liegt nach einer Prognose des III. Quartals unter dem Vorjahresniveau. Im Gegensatz dazu wird sich bei gleicher Tendenz die Ausfallquote leicht erhöhen. Da sich gerade der Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank durch eine hohe Volatilität innerhalb des Jahres auszeichnet, ist eine endgültige Aussage noch nicht zu treffen. Bezogen auf das operative Geschäft, dürfte das Betriebsergebnis sich leicht unterhalb des Vorjahresniveau bewegen.

Im Hinblick auf die Geldpolitik der EZB, die das Gesamtzinsniveau sehr niedrig halten wird, ist eine Prognose auf die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland schwer abzugeben. Deflationäre Tendenzen sind erkennbar. Bei einem moderaten Wirtschaftswachstum von ca. 1,30%, wie von den führenden Wirtschaftsinstituten prognostiziert wird, dürfte das Eingangsvolumen von Neugeschäften auf dem Niveau von 2014 liegen. Es wird schwierig für die Bürgschaftsbank eine aus dem Finanzanlagevermögen durch Neuabschlüsse kostendeckende Rendite zu erzielen. Mit einer Verringerung des Betriebsergebnisses wird gerechnet.

Die Lage des Unternehmens ist aufgrund der hinreichenden Risikovorsorge geordnet und stabil.

Dataport AöR



Altenholzer Straße 10 – 14
 24161 Altenholz
 Telefon: 0431 / 32 95 – 0
 Fax: 0431 / 32 95 – 410
 Mail: info@dataport.de
 Internet: www.dataport.de

Unternehmensaufgabe

Dataport unterstützt die öffentlichen Verwaltungen im Land Schleswig-Holstein, einschließlich der Kommunalverwaltungen, und weitere Träger durch Informations- und Kommunikationstechniken. Die Anstalt fungiert insbesondere als zentrale IT-Dienstleisterin für die Länder Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen. Für die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist Dataport im Bereich der IT-Unterstützung der Steuerverwaltung tätig; für das Land Niedersachsen ist weitere IT-Unterstützung durch Dataport möglich, wenn der Verwaltungsrat die Zustimmung erteilt. Dataport unterstützt die Träger im Bereich Druck durch das an mehreren Standorten betriebene Druckzentrum; für Mecklenburg-Vorpommern gilt dies nur für den Bereich Data Center Steuern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	51.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	7.500.000	14,71
IT-Verbund SH	7.500.000	14,71
Freie und Hansestadt Hamburg	15.000.000	29,40
Land Niedersachsen	7.500.000	14,71
Land Sachsen-Anhalt	7.500.000	14,71
Land Mecklenburg-Vorpommern, Freie Hansestadt Bremen jeweils	3.000.000	5,88

Vorstand

- Dr. Johann Bizer (Vorstandsvorsitzender)
- Claudia Güsken
- Andreas Reichel

Verwaltungsrat

Michael Richter, MI ST (Vorsitzender)
Hans-Henning Lühr (stellvertretender Vorsitzender), SF Bremen
Jens Lattmann (stellvertretender Vorsitzender), FB HH
Thomas Losse-Müller, CdS SH
Peter Bäumer, FM MV
Ernst Hüdepohl, FM NI
Jochen von Allwörden, SHLT
Helge Carstensen, Dataport Personalrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen:	Stammkapital (in T€)	Anteil Dataport (in %)
komMIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH	1.500	33,3

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	176.829	171.076	167.771
Umlaufvermögen	57.033	63.479	63.148
Eigenkapital	41.114	49.103	59.574
davon			
gezeichnetes Kapital	45.000	43.500	43.500
Rücklagen	11.190	16.074	18.632
Rückstellungen	94.124	79.554	72.424
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	80.481	66.899	57.147
Verbindlichkeiten	73.681	71.626	68.399
Bilanzsumme	259.227	247.469	245.927

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	420.465	358.371	336.458
Materialaufwand	212.102	176.866	164.401
Personalaufwand	143.090	122.044	110.942
Abschreibungen	37.256	35.599	33.046
sonstige betriebliche Aufwendungen	44.443	40.304	34.745
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.433	4.306	3.968
Jahresergebnis	-15.077	-10.472	-3.549

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	2.177	1.927	1.803
davon Frauen	653	579	550
Männer	1.524	1.348	1.253
Auszubildende	88	87	94
Teilzeitbeschäftigte	330	317	291
Vollzeitäquivalente	2.062	1.798	1.705

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	17.390,5	30.894,2	38.659,5
Eigenkapitalquote (in %)	15,9	19,8	24,2
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus Investitionstätigkeit	46.856 (40.926)	6.567 (39.395)	61.994 (57.099)
Sachanlagenintensität (in %)	33,8	40,6	43,0
Personalintensität (in %)	33,3	33,3	32,3

Geschäftsverlauf

Dataport konnte seine Umsätze im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 17,3 % auf 420,5 Mio. € steigern. Das Jahresergebnis weist eine Unterdeckung von rd. 9,5 Mio. € aus. Ursächlich hierfür sind die Projektausgaben in Höhe von 9,6 Mio. € für die Transition in das neue Rechenzentrum.

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen konnten durch neue Projekte um 54,3 Mio. € gesteigert werden. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 21,2 Mio. € auf 143,2 Mio. € gestiegen. Die Steigerung begründet sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Personalkapazität auf durchschnittlich 2.062 Vollzeitäquivalente im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 1.819 Vollzeitäquivalenten sowie der in 2014 vertraglich vereinbarten Tarifierhöhung.

Insgesamt ist die Lage des Unternehmens in wirtschaftlicher Hinsicht unter Berücksichtigung der Sondereffekte aus der Transition in das neue Rechenzentrum als gut zu beurteilen. Die kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Die in 2013 aufgenommenen Betriebsmittelkredite in Höhe von 20 Mio. € bestehen in Höhe von 15 Mio. € fort, da der Bestand der liquiden Mittel in Folge der ungleichmäßigen Zahlungseingänge im Geschäftsjahresverlauf erheblich schwankt. Zur Finanzierung für das Investitionsprojekt RZ² wurde ein Darlehen von 31,5 Mio. € aufgenommen und bisher gemäß dem Projektfortschritt in Höhe von 23,3 Mio. € genutzt.

Die Transition in das neue Rechenzentrum an zwei Standorten ist auch in 2015 ein wesentliches Projekt. Der Aufwand für die Konsolidierung der Rechenzentruminfrastruktur ist als Vorleistung für einen zukunftsfähigen, sicheren und kostengünstigen Rechenzentrumsbetrieb zu sehen. Da die Transition nicht über Entgelte finanziert wird, wird Dataport in 2015 voraussichtlich ein negatives Jahresergebnis von rd. 9,8 Mio. € erwirtschaften.

Aus dem Landeshaushalt sind in 2014 insgesamt 89.008 T€ an Erlösen für die Erbringung von Dienstleistungen an Dataport geflossen.

Ausblick

Der zwischenzeitlich vollzogene Beitritt Sachsen-Anhalts zum Dataport-Staatsvertrag bietet die Chance, nicht nur für die beiden Stadtstaaten spezifische positive wirtschaftliche Effekte zu erzielen, sondern solche spezifischen Effekte auch für die beiden Flächenländer Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt zu generieren. Dies kann immer dann von Bedeutung sein, wenn sich aufgrund der zum Teil unterschiedlichen Strukturen von Stadtstaaten und Flächenländern eine Zusammenarbeit aller vier Kernt Träger nicht realisieren lässt.

Der Aufwand für den Bau der beiden neuen Rechenzentren als Vorleistung für einen zukunftsfähigen, sicheren und kostengünstigen Rechenzentrumsbetrieb führte in den Jahren 2012 bis 2015 zwar zu Verlusten, jedoch werden ab dem Jahr 2016 Synergieeffekte erwartet, von denen alle Träger Dataports profitieren werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bedarf an qualifizierter IT-Unterstützung in den Verwaltungen weiter steigen und damit auch der Bedarf an Unterstützung durch Dataport zunehmen wird.

Auch der Bedarf an konzeptioneller Unterstützung durch Dataport wird weiter steigen. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass aufgrund gesetzlicher Vorgaben und einer sich rasant weiter entwickelnden Bedrohungslage (Beispiel Industrialisierung Cyberkriminalität) die Anforderungen an Qualität, IT-Sicherheit und Datenschutz und damit an die Komplexität der zu betreibenden Systeme steigen. Die Verwaltungen werden dies ohne die Unterstützung professioneller IT-Dienstleister mit Verwaltungshintergrund nicht leisten können.

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und - bau GmbH



Zimmerstraße 54
10117 Berlin

Telefon: 030 / 20 24 3 – 0
Fax: 030 / 20 24 3 – 291
Mail: info@degges.de
Internet: www.degges.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der DEGES	62.600	100,00
davon		
Bundesrepublik Deutschland	18.200	29,08
Land Schleswig-Holstein	3.700	5,91
Land Berlin Land Baden-Württemberg Land Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Hessen Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Nordrhein-Westfalen Freistaat Sachsen, Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, jeweils	3.700	5,91

Vorstand

- Dirk Brandenburger
- Bodo Baumbach

Aufsichtsrat

- Dr. Stefan Krause (Vorsitzender), BMWI

Tatjana Tegtbauer (stellvertretende Vorsitzende), BMVI
Lutz Irmer (stellvertretender Vorsitzender), TMIL TH
Lutz Adam, SenStadtUm BE
Gabriele Friderich, SUBV HB
Beate Heinz, BMVI
Günther Hermann, HMWVL HE
Martin Huber, BWI HH
Gert Klalber, MVI BW
Dr. Klaus Klang, MLV ST
Dr. Rainer Kosmider, EM MV
Ekhart Maatz, MBWSV NW
Dr. Frank Nägele, MWA VT SH
Egbert Neumann, MIL BB
Bernd Sablotny, SMWA SN
Volkmar Vogel, MdB

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2014 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 5.419,78 € gezahlt.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	2.350	2.039	2.167
Umlaufvermögen	404.242	368.874	342.004
Eigenkapital	104	96	91
davon			
gezeichnetes Kapital	63	52	52
Gewinnrücklage	0	19	19
Gewinnvortrag	0	21	15
Jahresüberschuss	6	5	5
Rückstellungen	5.069	4.931	4.168
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	675	632	567
Verbindlichkeiten	401.755	366.187	340.204
davon gegenüber Gesellschaftern	399.332	363.674	336.789
Bilanzsumme	406.928	371.214	344.463

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
---	------	------	------

Umsatzerlöse	17.428	26.979	108.288
Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	33.126	23.363	-54.857
Materialaufwand	24.981	26.559	29.488
Personalaufwand	20.226	18.262	18.602
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.540	5.665	5.274
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	75	49	123
Jahresergebnis	6	5	5

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	243	222	228
davon			
Frauen	97	88	91
Männer	146	134	137
Auszubildende	2	1	2
Teilzeitbeschäftigte	21	20	19
Vollzeitäquivalente	239,1	217,4	220

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	795	454	560

Auftragsbestand	2014			2013			2012		
	Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €	
		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen
VDE-Projekte (Verkehrsprojekte Deutsche Einheit)	1.250,5	11.006,4	1.352,9	1.250,4	10.938	1.367,7	1.205,4	10.826,1	1.401,9
Straßenprojekte außerhalb VDE	929,4	7.610,7	5.237,9	832,1	7.162,9	5.106,5	742,1	6.092,5	4.270,8
Summe Straßenprojekte	2.179,9	18.617,1	6.590,8	2.082,5	18.100,9	6.474,2	1.992,5	16.918,6	5.672,7
City-Tunnel Leipzig	4,2	665,2	20,8	4,2	666,3	43,2	4,2	666,3	78,7
Wasserstraßenprojekte	2 Brückenbauwerke	4,2	1,2	2 Brückenbauwerke	4,3	1,3	1 Brückenbauwerk	5,1	3,1
Gesamtsumme		19.286,5	6.612,8		18.771,5	6.518,7		17.590,0	5.754,5

Geschäftsverlauf

Die DEGES konnte ihr Auftragsvolumen bei den Straßenprojekten im Jahr 2014 um rund 2,9 % gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Es wurde ein Jahresüberschuss von 6.260 € ausgewiesen. Damit wurde, wie bereits auch in den Vorjahren, eine zehnpromtente Verzinsung des von den Gesellschaftern eingezahlten Stammkapitals erreicht.

Die DEGES wurde vom Land Schleswig-Holstein mit der zeit- und sachgerechten Realisierung des Projektes „Sechsstreifiger Ausbau der A7 vom Autobahndreieck Bordschholm bis zur Landesgrenze SH/HH (Anschlussstelle Schnelsen-Nord)“ als A-Modell (Betreibermodell/ÖPP-Projekt) beauftragt. Der Ausbau umfasst eine Strecke von rd. 60 km und soll dazu dienen, die A7 an die wachsende Verkehrsmenge anzupassen.

Der Zuschlag für dieses ÖPP-Projekt wurde am 23.06.2014 an die Projektgesellschaft Via Solutions Nord erteilt. Die Via Solutions Nord ist ein Konsortium, das aus den Unternehmen HOCHTIEF PPP Solutions, DIF Infra und dem regionalen mittelständischem Unternehmen KEMNA Bau mit Sitz in Pinneberg besteht.

Der Bau umfasst insgesamt sechs Bauabschnitte. Baubeginn war im November 2014, als Fertigstellungstermin ist der Dezember 2018 vorgesehen.

Für dieses Projekt hat die DEGES im Jahr 2014 rund 5,21 Mio. € aus dem Landeshaushalt erhalten. Davon entfallen rund 2,05 Mio. € auf Zweckausgaben sowie 3,16 Mio. € auf die Erstattung von Verwaltungskosten einschließlich Vertragsübernahmen.

Ausblick

Das Land Schleswig-Holstein hat der DEGES die Planung und spätere Baudurchführung für die Maßnahme „Ersatzneubau der Rader Hochbrücke“ übertragen.

Die Rader Hochbrücke überführt östlich von Rendsburg die Bundesautobahn A7 über den Nord-Ostsee-Kanal und die Borgstedter Enge. Das knapp 1.500 Meter lange Bauwerk wurde 1972 für den Straßenverkehr freigegeben und spielt eine zentrale Rolle im Verkehr von und nach Dänemark und Skandinavien.

Bei Überprüfungen im Jahr 2013 wurden gravierende Schädigungen an den Pfeilerköpfen festgestellt, die als Sofortmaßnahme Teilsperren für Lkw über 7,5 t sowie die Beschränkung auf einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung erforderten. Nach Abschluss der nötigen Instandsetzungsarbeiten konnten diese Beschränkungen größtenteils wieder aufgehoben werden. Es ist jedoch von einer verbleibenden Nutzungsdauer von 11 Jahren auszugehen, so dass ein Ersatzneubau unumgänglich wird. Im Zug der Variantenuntersuchung sind sowohl Tunnel- als auch Brückenlösungen zu bewerten.

Die DEGES wird den Fokus ihres Handelns u. a. auf die weitere Akquisition neuer Gesellschafter und Projekte richten. Dies entspricht den mittel- und langfristigen Zielen, die im März 2009 vom Aufsichtsrat für die Gesellschaft beschlossen wurden. Gleichzeitig erfolgt die weitere zügige Realisierung und Abrechnung der an die DEGES übertragenen Projekte.

Auf Grundlage der in den Dienstleistungsverträgen geregelten Kostenerstattung durch Bund und Länder wird auch für die kommenden Geschäftsjahre mit einem Jahresüberschuss von mindestens 6.260 € gerechnet.

Die DEGES nimmt bei der Akquirierung und Durchführung ihrer Aufträge nicht am Wettbewerb im Sinne des Vergaberechts teil. Sie steht jedoch im ständigen Vergleich mit den ansonsten in der Branche agierenden Strukturen: der Auftragsverwaltung der Länder sowie, was Teilbereiche betrifft, den Consultants. Angesichts der nachhaltigen Bestrebungen der Länder zur Straffung ihrer Verwaltung wächst die Rolle der DEGES als zusätzliche bzw. gemeinsame Ressource der Gesellschafter für komplexe und länderübergreifende Aufgabenstellungen.



Düppelstraße 63

24105 Kiel

Telefon: (04 31) 9 88 - 44 50

Telefax: (04 31) 9 88 - 44 59

E-Mail: eichdirektion@ed-nord.de

Internet: www.eichdirektion-nord.de

Unternehmensaufgabe

Der Eichdirektion Nord (EDN) obliegen die nach dem Eichgesetz und die nach dem Gesetz über Einheiten im Messwesen sowie der jeweils darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführenden Aufgaben des gesetzlichen Messwesens soweit sie die drei Anstaltsträger durch Rechtsverordnung auf die EDN übertragen haben.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EDN	2.610.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.250.000	47,89
Freie und Hansestadt Hamburg	530.000	20,31
Mecklenburg-Vorpommern	830.000	31,80

Geschäftsführung

Dr. Herbert Weit, technischer Vorstand und Sprecher des Vorstands

Gerd Hansen, kaufmännischer Vorstand

Verwaltungsrat

Friederike Kampschulte (Vorsitzende), MWVAT SH

Verena Krüger (stellv. Vorsitzende), MWBT MV

Dorothea Werk-Dorenkamp, BWVI HH

Katrin Buskase, FM MV

Helmut Eddicks, Personalvertreter der Eichdirektion Nord

Regina Klein, FM SH

Ulrich Kolß, BWVI HH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	1.829	2.004	1.862
Liquide Mittel	5.678	4.767	1.876
Eigenkapital	3.401	3.401	3.401
Forderungen	17.032	15.853	15.648
davon gegen Anstaltsträger	16.464	15.393	15.030
Rückstellungen für Pensionen u. ä.	18.216	16.260	15.080
Bilanzsumme	24.669	22.871	21.744

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	6.798	6.657	6.449
Erträge aus Verlustübernahme durch die Länder	406	410	482
davon vom Land Schleswig-Holstein	101	202	119
Materialaufwand	50	54	39
Personalaufwand	5.311	4.866	4.725
Abschreibungen	434	422	400
Jahresergebnis	0	0	0

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	101	102	101
davon			
Frauen	20	18	18
Männer	81	84	83
Auszubildende	1	1	0
Teilzeitbeschäftigte	6	5	5
Vollzeittäquivalente	91,79	89,64	89,27
Kennzahlen	2014	2013	2012
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	662	2.985	-62

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage wurde durch Rückstellungsaufösungen und den Verkauf eines Schwerlastfahrzeuges positiv beeinflusst.

Bei den Personalkosten wirkten sich neben den Tarif- und Besoldungssteigerungen vor allem die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen, insbesondere durch die erfolgte Zinssenkung, kostenerhöhend aus.

Die Verlustübernahme erfolgt anteilig durch die Anstaltsträger nach dem Grundsatz der verursachungsgerechten Zuordnung von Erträgen und Kosten auf Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Die verursachungsgerechte Erfassung der Kosten und Leistungen für die jeweiligen Anstaltsträger ist durch das Organisations- und Buchhaltungssystem gewährleistet.

Im Geschäftsjahr sind 101 T€ Zuschüsse als Verlustausgleich aus dem Landeshaushalt an die EDN geflossen.

Ausblick

Um den Wegfall der Ersteichung für national geregelte Geräte möglichst weitgehend durch entsprechende Konformitätsbewertungsverfahren zu kompensieren, hat die Eichdirektion Nord die notwendigen organisatorischen Maßnahmen ergriffen und alle Voraussetzungen umgesetzt, die es den Trägerländer ermöglicht haben, die Eichdirektion Nord als behördliche Konformitätsbewertungsstelle nach § 14 MessEG (Gesetz über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt, ihre Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz)) der anerkennenden Stelle beim Bundeswirtschaftsministerium zu melden. Die Eichdirektion Nord ist seit 09.10.2014 zugelassene Konformitätsbewertungsstelle und führt entsprechende Verfahren durch.

Die europäische Notifizierung der Benannten Stelle der Eichdirektion (Konformitätsbewertungsstelle nach den europäischen Richtlinien MID (Measuring Instruments Directive 2004/22/EG (Messgeräte richtlinie)) und 2009/23/EG läuft gemäß MessEG Ende 2016 aus. Tatsächlich können wahrscheinlich schon ab April 2016 in diesem Rechtsrahmen keine Verfahren mehr

durchgeführt werden, da zu diesem Zeitpunkt beide Richtlinien auslaufen und durch neue ersetzt werden.

Hier arbeiten z.Zt. das Bundeswirtschaftsministerium und die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) an einem europäisch akzeptierten Verfahren zur Reanerkennung nach den neuen Richtlinien. Da die Eichdirektion Nord über ein qualifiziertes und dokumentiertes Qualitätsmanagementsystem verfügt und sowohl von der PTB begutachtet wurde als auch an regelmäßigen gegenseitigen Begutachtungen zwischen den Eichbehörden teilnimmt, ist davon auszugehen, dass die Reanerkennung erfolgt. Da es so gut wie keine privaten und vor allem keine alle Messgerätegruppen und Regionen abdeckenden Anbieter am Markt gibt, ist die weitere Anerkennung der Eichdirektion Nord und damit die zukünftige Durchführung von Konformitätsbewertungsverfahren sehr wahrscheinlich.

Das niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen erhöhten Rückstellungen liegen nicht im Einflussbereich der Eichdirektion Nord. Das Risiko bei Nichtbeachtung dieser Kostensteigerung ist jedoch bekannt. Mit der Inkraftsetzung der neuen Gebührenordnung ist eine Einnahmesteigerung verbunden, die den erhöhten Rückstellungsaufwand übersteigt. Darüber hinaus wird die Problematik bei der Erstellung von Wirtschaftsplänen berücksichtigt.

Die kontinuierliche organisatorische Optimierung und Ausnutzung der Möglichkeiten einer Dreiländeranstalt wird entsprechend den wirtschaftlichen und rechtlichen Randbedingungen weiterverfolgt. Dabei bilden die Einführung und Weiterentwicklung von EDV-gestützten Lösungen und Kommunikationswegen einen Schwerpunkt.

0

**Boschstraße 1****24118 Kiel****Telefon: 0431 9805-800****Fax: 0431 9805-888****Mail: info@eksh.org****Internet: www.eksh.org****Unternehmensaufgabe**

Als gemeinnützige Einrichtung fördert die EKSH Wissenschaft und Forschung im Bereich Energie, Umweltschutz einschließlich Wissenschaft und Forschung und die Bildung im Bereich Energie sowie Klima- und Umweltschutz.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EKSH	75.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	33,33
HanseWerk AG	25.000	33,33
Hochschul-GbR / EKSH GmbH	25.000	33,33

Geschäftsführung**Stefan Sievers****Stefan Brumm****Gesellschafterversammlung****Prof. Dr. Joachim Litz (Vorsitzender), FH Lübeck****Dr. Ingrid Nestle, MELUR****Kurt-Christoph von Knobelsdorff, MWAVT****Udo Bottländer, HanseWerk AG****Prof. Dr. Olav Hohmeyer, Universität Flensburg****Matthias Boxberger, HanseWerk AG**

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	24.579	27.969	27.786
Liquide Mittel	3.184	533	1.719
Eigenkapital	23.468	24.136	25.806
davon gezeichnetes Kapital	75	75	75
Kapitalrücklage	23.607	23.607	23.607
Rückstellungen	26	31	23
Bilanzsumme	27.877	28.622	29.602

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Betriebliche Erträge	317	28	65
davon sonstige betriebliche Erträge	0	0	55
Aufwendungen für die Erfüllung des Gesellschaftszwecks	1.652	2.219	648
Personalaufwand	465	462	432
Abschreibungen	11	13	27
Sonstige betriebliche Aufwendungen	159	178	173
Jahresergebnis	-668	-1.670	2.138

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	6	5	4
davon			
Frauen	4	3	3
Männer	2	2	1
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	3	2	1
Vollzeitäquivalente	3,88	3,50	3,25

Bei den Teilzeitbeschäftigten handelt es sich um befristete Halbtagskräfte, die Projekten zugeordnet sind, und um eine studentische Hilfskraft, die für Aushilfsarbeiten als Minijobberin in der EKSH tätig war.

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	32	39	50
beschiedene Projekte	36	30	18
davon von Dritten	28	20	13
durchgeführte Veranstaltungen	15	10*	5

*) zzgl. diverser Informationsveranstaltungen im Schleswig-Holstein Energieeffizienz-Zentrum SHEffZ in Neumünster (Konzeption und Förderung: EKSH), die nicht einzeln dokumentiert werden.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2014 hat die EKSH zur Erfüllung ihres Satzungszweckes etwa 90 Einzelprojekte bearbeitet.

Ein Schwerpunkt war das Programm „HWT Energie und Klimaschutz“, in dem seit 2012 fünfzehn Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern mit Unternehmen gefördert werden.

Zudem wurde das Energieeffizienz-Zentrum SHEffZ in Neumünster weiter ausgebaut und das Angebot in 2015 um ein mobiles Informationsangebot (Energiesparmobil) erweitert.

Das Jahr 2014 hat die EKSH zudem zum „Stromsparjahr“ ausgerufen und die bundesweit beachtete Aktion „stromabwärts!“ durchgeführt.

Die Gesellschaft hat in 2013 erstmalig eine Broschüre herausgegeben, die einen Überblick über die Energieforschung an Schleswig-Holsteins Hochschulen und Forschungsinstituten gibt. In 2014 wurde wegen der hohen Nachfrage auch eine englischsprachige Version erarbeitet und die Broschüre in einer erweiterten Fassung neu aufgelegt.

Erstmals hat es eine große Fachtagung mit Ausstellungen zur Elektromobilität gegeben („move&meet“), deren Veranstalter u.a. die EKSH war.

Die Gesellschaft finanziert ihren Betrieb und ihre Tätigkeit nach Satzungszweck aus Zinseinnahmen und ergänzenden, jährlichen Entnahmen aus der Kapitalrücklage. Nachdem in 2013 die Kapitalrücklage sogar vollständig erhalten bleiben konnte, konnten auch in 2014 Erträge aus Wertpapieren deutlich über Plan erzielt werden.

Weiterhin hat die Gesellschaft auch in 2014 und 2015, die noch nicht abgeschlossenen Projekte der zum 31.12.2011 aufgelösten Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) abgewickelt. Hierfür verwaltet die Gesellschaft ein Treuhandvermögen des Landes, dem Rechtsnachfolger der ISH. Letzte Projekte laufen noch bis zum Jahr 2017.

Im Sommer 2015 hat in der Gesellschaft ein Geschäftsführerwechsel stattgefunden.

Ausblick

Die Gesellschaft wird ihre Fördertätigkeit zu gemeinnützlichen Zwecken im Jahr 2016 fortführen. Das Land verspricht sich durch die EKSH eine aktive Begleitung und Flankierung zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Da jedoch der finanzielle Spielraum der EKSH endlich ist – er basiert auf dem Verzehr des von der ISH übernommenen Vermögens und ist auch beeinflusst durch die Höhe der Zinserträge – sind Wege für die Einwerbung von zusätzlichen Mitteln zu finden.

1



Filmförderung Hamburg
Schleswig-Holstein

Friedensallee 14 – 16
22765 Hamburg
Telefon: 040 / 39 83 7 – 0
Fax: 040 / 39 83 7 – 10
Mail: info@ffhsh.de
Internet: www.ffhsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand der FFHSH ist die Entwicklung, Pflege und Stärkung der Filmkultur und Filmwirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein durch insbesondere die Förderung von Erfolg versprechenden Film- und Fernsehprodukten aller Genres sowie durch die Erbringung von Dienstleistungen, die zur Erreichung der Förderziele notwendig sind.

Die Förderung umfasst Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Projektentwicklung, der Produktionsvorbereitung und der Produktionsdurchführung, der Postproduktion, des Abspiels, Verleihs und Vertriebs von Filmproduktionen.

Zu den Dienstleistungen gehört u. a. auch der Betrieb der Filmwerkstatt in Kiel mit den Mitteln der Zuwendung gemäß § 55 Abs. 4 Nr. 2 b des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein in der jeweils geltenden Fassung (Medienstaatsvertrag HSH).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der FFHSH	25.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.450	25,20
Freie und Hansestadt Hamburg	19.150	74,80

Geschäftsführung

Maria Köpf

Aufsichtsrat

- Dr. Carsten Brosda (Vorsitzender) Senatskanzlei HH
- Sabine Rossbach, NDR
- Susanne Bieler-Seelhoff, MJKE SH
- Prof. Martin Hagemann, Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf
- Marlis Kieft, Unternehmerin
- Jutta Lieck-Klenke, Produzentin (Vertreterin des ZDF)
- Dr. Michael Trautmann, Unternehmer
- N.N.
- N.N.
- N.N.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in €)	Anteil FFHSH (in %)
Filmfest Hamburg gGmbH	25.600	100,00
Creative Europe Desk Hamburg GmbH ²	25.565	100,00

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	196	141	129
Forderungen gegen die FHH	6.553	6.553	9.153
Liquide Mittel	6.351	8.758	5.521
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	170	116	104
sonstige Rückstellungen	8.582	11.516	11.849
davon			
für Förderverpflichtungen	7.143	9.411	9.603
für Förderverpflichtungen Filmwerkstatt	137	234	191
für nicht verbrauchte Fördermittel	549	1.295	1.466
Verbindlichkeiten aus Filmförderung	4.463	4.176	3.632
Bilanzsumme	13.261	15.947	15.761

² Ehemals MEDIA DESK Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Erträge aus Zuwendungen	12.914	12.933	12.955
davon			
FHH	8.216	8.101	8.101
Land SH	155	145	145
MA HSH ³	—	—	434
Rundfunkgebührenmittel	2.500	2.500	2.100
Zuwendungen NDR / ZDF	2.000	2.000	2.000
Sonstige betriebliche Erträge	2.584	3.669	4.246
Aufwendungen für Filmförderung⁴	13.006	14.124	14.624
Personalaufwand	1.118	1.068	1.034
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.363	1.406	1.565
Jahresergebnis	0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen, kumuliert)	25	28	26
davon			
Frauen	19	20	19
Männer	6	8	7
Auszubildende	1	2	2
Teilzeitbeschäftigte	10	9	6
Vollzeitäquivalente	20,4	19,7	20,3
Kennzahlen	2014	2013	2012
Zahl der geförderten Projekte	214	220	198
Auszeichnungen für geförderte Filme	83	69	60
Drehtage (gesamt)	2.063	2.041	2.161
Regionaleffekt (in %)	205	186	195

³ Anteilige Zuführung aus einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 928 T€ von nicht verwendeten Rundfunkgebührenmitteln für die Jahre 2010 bis 2012.

⁴ Beinhaltet einen Ausgleich der GuV, der den Aufwand von nicht verwendeten Fördermitteln des jeweiligen Geschäftsjahres betrifft.

Geschäftsverlauf

Die FFHSH entwickelte sich in den Geschäftsjahren 2014 und 2015 weiterhin positiv. Im Jahr 2014 konnte ebenso wie in den Vorjahren ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden.

Die Region Hamburg / Schleswig-Holstein war als Drehort erneut sehr gefragt. Die von der Film Commission der FFHSH betreuten Produktionen drehten im Jahr 2014 an insgesamt 2.063 Tagen in Hamburg (1.587 Tage) und Schleswig-Holstein (476 Tage). Die Anzahl der Drehtage blieb im Vergleich zum Vorjahr somit auf einem konstanten Niveau (2013: insgesamt 2.041 Tage). 2015 wurde an insgesamt 2.314 Tagen in Hamburg (1.762 Tage) und Schleswig-Holstein (552 Tage) gedreht.

Der kalkulierte Regionaleffekt betrug 2014 ca. 21.000 T€ (2013: 19.000 T€), was einer Quote von rd. 205 % (2012: 186 %) entspricht. 2015 lag die Quote bei rd. 230 %.

Im Jahr 2014 wurden 89 geförderte Produktionen auf 249 nationalen und internationalen Festivals gezeigt, wobei 29 Projekte mit insgesamt 83 Preisen bedacht wurden. 2015 wurden 95 Produktionen auf 135 Festivals gezeigt. 30 Projekte wurden mit insgesamt 56 Preisen ausgezeichnet.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die FFHSH für die Entwicklung, Herstellung und Auswertung von 214 Filmprojekten (2013: 220) insgesamt rd. 12.500 T€ (2013: 12.800 T€) vergeben. Der größte Anteil mit einem Fördervolumen von 10.200 T€ (2013: 10.200 T€) entfiel hierbei auf die Produktionsförderung von 78 (2013: 79) Kino- und TV-Filmen. Im Jahr 2015 konnten für 215 Filmprojekte insgesamt rd. 14.100 T€ vergeben werden, das Fördervolumen für die Produktionsförderung von 85 Kino- und TV-Filmen belief sich auf 12.300 T€.

Die FFHSH finanziert sich zu einem Großteil aus Zuwendungen der öffentlichen Hand. Seitens der Freien und Hansestadt Hamburg erhielt die FFHSH im Geschäftsjahr 2014 eine institutionelle Förderung in Höhe von insgesamt 8.216 T€. Darüber hinaus sind der FFHSH entsprechend den Festlegungen des Medienstaatsvertrags HSH aus dem Rundfunkgebührenanteil der beteiligten Länder 2.500 T€ zugeflossen. 2.200 T€ dieser Mittel wurden für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen verwendet abzüglich eines Anteils für Betriebs- und Personalkosten und die Beratung von Produktionsunternehmen. 300 T€ sind für die Betriebs- und Fördermittel der Filmwerkstatt Kiel vergeben worden. Seitens des NDR und des ZDF wurden Fördermittel in Höhe von jeweils 1.000 T€ bereitgestellt.

Vonseiten des Landes Schleswig-Holstein erhielt die Gesellschaft 2014 Zuwendungen in Höhe von 155 T€. Mit diesem Betrag beteiligte sich das Land an den Betriebs- und Personalkosten der Filmwerkstatt Kiel. Für das Jahr 2015 wurden im Landeshaushalt aufgrund von Tarifsteigerungen Mittel in Höhe von 160 T€ veranschlagt.

Ausblick

Trotz angespannter Haushaltslagen in den beteiligten Ländern ist erkennbar, dass die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein an ihrem Vorhaben festhalten, den Medienstandort Norddeutschland zu stärken. Ein Absinken des Fördermittelvolumens unter das geplante Niveau ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Die Zuwendungen des NDR und ZDF verbleiben absehbar auf konstantem Niveau.

Die langjährige Geschäftsführerin der FFHSH, Eva Hubert, ist zum 31.12.2015 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Wie geplant, hat die Produzentin Maria Köpf ihre Nachfolge am 01.01.2016 übernommen.

Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH



Holstenbrücke 8-10

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 98 26 59 – 211

Fax: 0431 / 98 26 59 – 210

Mail: gbs@sad-rondeshagen.de

Internet: www.sad-rondeshagen.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der GBS ist die Förderung des Umweltschutzes durch Planung, Errichtung und Betrieb von Abfallbeseitigungsanlagen für solche Abfälle, die wegen ihrer Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können und deshalb einer besonderen Anlage bedürfen (Sonderabfälle). Die GBS betreibt die einzige vollständig eingebaute Deponie für Sonderabfälle in Deutschland auf einem 22,24 ha großen Gelände bei Lübeck.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GBS	25.000 ⁵	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	12.500	50,00
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, Hamburg	12.500	50,00

Geschäftsführung

Hans-Joachim Berner

Aufsichtsrat

- Roland Kübitz-Schwind (Vorsitzender), MELUR SH
- Petra Bödeker-Schoemann (stellv. Vorsitzende), HGV
- Dr. Heribert Dernbach, BSU HH
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Torben Rossow, FM SH
- Elke Schekahn, BSU HH

⁵ Durch Beschluss im Rahmen der außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 09.04.2014 und Eintragung ins Handelsregister beim Amtsgericht Kiel am 16.06.2015 auf 25.000 € herabgesetzt.

Ohne Stimmrecht:

- **Andreas Albrecht, Gemeinde Rondeshagen**
- **Dr. Carl-Heinz Schulz, Kreis Herzogtum Lauenburg**

Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2014 456,00 €.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	2.970	5.094	7.077
Liquide Mittel	17.891	16.308	14.191
Eigenkapital	10.925	11.793	12.725
langfristige Rückstellungen	10.302	9.918	8.872
davon für Rekultivierung	4.871	4.543	3.998
für Hallendemontage	572	533	469
für Nachsorge	4.859	4.842	4.405
Bilanzsumme	21.381	21.907	21.999

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	2.366	2.520	1.933
Materialaufwand	765	816	843
Personalaufwand	506	474	458
Abschreibungen	1.156	1.009	541
davon verfüllmengenbedingt ⁶	1.121	974	504
Jahresergebnis	-868	-932	-396

⁶ Das Deponiegrundstück, das Betriebsgelände, die Polder und unmittelbar dem Deponiekörper zuzurechnende Anlagen und Maschinen werden entsprechend § 7 Abs. 6 EStG nach dem Verfüllvolumen abgeschrieben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	7	7	7
davon			
Frauen	1	1	1
Männer	6	6	6
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	2	2	2
Vollzeitäquivalente	6,0	6,0	6,0

Kennzahlen	2014	2013	2012
Einlagerungsmenge (in t)	53.464	47.794	27.524
Restvolumen (in m³)	47.273	67.993	93.152
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	622	1.200	195

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2014 setzte sich die uneinheitliche Entwicklung des Marktes fort. Sowohl im Bereich der Sonderabfälle aus Industrie und Gewerbe, als auch bei Abfällen aus Sanierungsvorhaben war ein Mengenzuwachs zu verzeichnen. Die GBS konnte mit 53.464 t ihr jährliches Einlagerungsziel von 35.000 t deutlich übertreffen.

Das Jahresergebnis fällt mit -868 T€ minimal weniger schlecht als im Vorjahr aus (-932 T€). Ins Gewicht fallen hierbei auf der einen Seite Zinserträge aus der Abzinsung der Rückstellungen. Auf der anderen Seite konnte zwar die Einlagerungsmenge gesteigert werden, der durchschnittliche Erlös pro Tonne war jedoch rückläufig. Hinzu kommen vor allem an noch höhere Abschreibungen als im Vorjahr, die für Sachanlagen entsprechend § 7 Abs. 6 Einkommensteuergesetz leistungsbezogen in Abhängigkeit des Verfüllungsgrades der Deponie bemessen werden. Die Zunahme der Einlagerungsmenge führte in 2014 somit zu einem gesteigerten Abschreibungsaufwand von 1.156 T€ (Vorjahr: 1.009 T€).

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GBS geflossen.

Der zum Jahresende auslaufende Vertrag mit dem Geschäftsführer wurde bis zum 31.12.2018 verlängert.

Auch im Geschäftsjahr 2015 konnte die GBS das im selben Jahr auf 50.000 t erhöhte angestrebte Einlagerungsziel deutlich übertreffen.

Ausblick

Das Ende des aktiven Deponiebetriebs ist absehbar und das unternehmerische Handeln ist ganz wesentlich darauf ausgerichtet, die Verfüllung der Deponie bis Ende des Jahres 2016 zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe der GBS, an einem begrenzt prognostizierbaren Spotmarkt entsprechende Mengen Sondermüll zu akquirieren.

Darüber hinaus richtet sich das Augenmerk immer mehr auf die Planungen der anstehenden Rekultivierungs- und Nachsorgephase.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet. Wesentlich ist, dass das Unternehmen den voraussichtlich 30jährigen Nachsorgezeitraum finanzieren kann – nach heutigem Kenntnisstand ist dies gesichert.

2



Gartenstraße 6

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 599-0

Fax: 0431 / 599-1188

Mail: mail@gmsh.de

Internet: www.gmsh.de

Unternehmensaufgabe

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) seit dem 1. Januar 2011 auch das Organ des Landes für die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben. In dieser Ausrichtung ist die GMSH auch zuständig für die Koordinierung und Deckung des Bedarfes des Landes an Verwaltungsgebäuden. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden.

Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen.

Als Betrieb gewerblicher Art ist die GMSH darüber hinaus in dieser umfassenden Ausrichtung auch tätig für öffentliche Einrichtungen, soweit diese Einrichtungen selbst nicht hoheitlich tätig sind, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushaltes bei.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der GMSH	8.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	8.000.000	100,00

Geschäftsführung

Hans-Adolf Bilzhouse

Verwaltungsrat

Dr. Philipp Nimmermann (Vorsitzender), FM SH
 Rolf Fischer (stellvertretender Vorsitzender), MSGWG SH
 Manuela Söller-Winkler, MIB SH
 Ursei Hoppe, MJKE SH
 Dagmar Streich, BMUB

Vergütungen oder Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	4.100	3.504	2.735
Umlaufvermögen	117.283	114.778	106.645
Eigenkapital	14.752	14.672	14.550
davon			
gezeichnetes Kapital	8.000	8.000	8.000
Rücklagen	6.160	6.160	6.160
Bilanzgewinn	592	512	390
Rückstellungen	97.838	87.873	81.675
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	80.665	70.886	64.489
Verbindlichkeiten	9.361	16.360	13.708
Bilanzsumme	121.951	118.905	109.934

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	32.241	33.948	31.649
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1	-88	-37
sonstige betriebliche Erträge	77.872	73.379	71.325
Materialaufwand	28.810	30.626	28.722
Personalaufwand	66.757	62.806	60.372
Abschreibungen	1.196	1.072	1.357
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.583	10.313	10.133
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	405	700	781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.568	2.482	2.657
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	602	641	477
außerordentliche Aufwendungen	496	496	496
Steuern	27	23	-65
Jahresergebnis	79	122	46

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum 31.12.)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	1.274	1274	1.274
davon			
Frauen	544	544	550
Männer	730	730	724
Auszubildende	32	29	29
Teilzeitbeschäftigte	327	314	315
Vollzeitäquivalente	1.105,8	1.113,3	1.109,4

Kennzahlen	2014	2013	2012
Bauausgabevolumen Bundesbau	86.000	70.600	73.400
Bauausgabevolumen Landesbau	102.520	93.400	103.470
Bewirtschaftete Liegenschaften (per 31.12.)	725	741	638
Verwaltete Drittmietverträge (per 31.12.)	607	621	620
Beschaffungen im eigenen Namen (in T€)	28.600	30.300	28.400
Ausschreibungen im fremden Namen	1.100	1.031	1.001

Geschäftsverlauf

Im Bundesbau beliefen sich die Bauausgaben im Jahr 2014 insgesamt auf ca. 86,0 Mio. €. Das Ausgabevolumen lag damit mit ca. 15,4 Mio. € erheblich über dem des Vorjahres (ca. 70,6 Mio. €). Die im Zuge der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) rückläufige Entwicklung der Bauvolumina der vergangenen Jahre wurde damit aufgrund der Baubeginne erster großer Baumaßnahmen für die Bundeswehr durchbrochen. Das Bauausgabeziel des Bundes für das Jahr 2014 in Höhe von 115 Mio. € wurde jedoch deutlich unterschritten. Nach Informationen des Bundes ergibt sich aufgrund der Umsetzung der Bundeswehrreform voraussichtlich ein weiterer Anstieg der Bauausgaben für die kommenden Jahre. Zusätzliche Bauausgaben werden auch im Rahmen des Energetischen Sanierungsfahrplans Bundesliegenschaften (ESB) erwartet.

Wie im Vorjahr setzte sich im Landesbau vor dem Hintergrund des Konsolidierungspfades des Landes die Entwicklung des sinkenden Bauvolumens im Einzelplan 12 des Haushaltes fort. Demgegenüber standen erhebliche Aufgabenzuwächse durch ressortfinanzierte Aufträge, durch die von der Landesregierung aufgelegten Sonderprogramme und durch die im Bereich des Universitätsklinikums durchzuführenden Baumaßnahmen. Nachdem das Bauvolumen im Vorjahr aufgrund zeitlicher Verschiebungen in die Zukunft unerwartet auf 93,4 Mio. € gesunken war, erreichte es in 2014 einen Wert von 102,5 Mio. € und lag damit auf dem Niveau von 2012. In 2015 wird sich das Bauvolumen im Kernhaushalt des Landes (Hochschulbau, Verwaltungsbau und Behördenunterbringung) voraussichtlich stabilisieren, während für die Sonderprogramme und Ressortfinanzierungen steigende Bauvolumina mit Ausgabenspitzen in 2015 und 2016 erwartet werden. Die planmäßige Aufgabenerledigung wird jedoch überlagert durch die vielfältigen kurzfristigen Anforderungen aus der Flüchtlingsunterbringung und der Herrichtung der Erstaufnahmeeinrichtungen.

In dem Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung hat sich der Trend eines leichten und stetigen Aufgabenzuwachses fortgesetzt. Neben der kontinuierlichen Übernahme weiterer Aufgaben hat sich der Geschäftsbereich intensiv auf seine Kernaufgaben konzentriert. Im technischen Betriebsmanagement wurde weiterhin verstärkt an Prozessoptimierungen gearbeitet, um im laufenden Tagesgeschäft nicht nur alle gesetzlichen Betreiberpflichten zu erfüllen, sondern auch den Werterhalt der gebäudetechnischen Anlagen sowie deren energie- und kostenoptimierten Betrieb zu gewährleisten. Aktuell wird für 2015 aufgrund der Übernahme der kompletten technischen Betriebsführung in den Justizvollzugsanstalten und den umfangreichen zusätzlichen Anforderungen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen mit der größten Aufgabenausweitung seit der Übernahme der Bewirtschaftung durch die GMSH gerechnet.

Der Umsatz des Bereiches **Beschaffung** mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit dem Land und mit anderen Hoheitsträgern lag in dem Jahr 2014 mit 31,2 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres von 32,9 Mio. €. Auch das für Landesdienststellen und sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung durchgeführte Ausschreibungsvolumen sank leicht von 103, 2 Mio. € im Vorjahr auf 101 Mio. € in 2014. Für 2015 wird wiederum aufgrund der Anforderungen aus der Flüchtlingsunterbringung mit einem massiven Anstieg der Umsatzerlöse auf über 50 Mio. € gerechnet.

Die Bilanzsumme der GMSH beträgt in 2014 122,0 Mio. € und weist - ebenso wie die Bilanzstruktur - keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr auf. Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich weiterhin um die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, das u. a. eine Neufestsetzung der Abzinsungssätze für die Berechnung des Barwertes von Verpflichtungen vorsieht. Der Unterschiedsbetrag für die Pensionsrückstellungen wird seit 2010 über 15 Jahre verteilt und beträgt 495 T € p. a.

Die GMSH hat für das Jahr 2014 vom Land im Wesentlichen die folgenden Zahlungen erhalten: Organleihekosten für den Geschäftsbereich Landesbau 26,2 Mio. €, Erstattung der Kosten für freiberuflich Tätige (Architekten, Gutachter etc.) für den Landesbau in Höhe von 18,8 Mio. €, Gesamtbewirtschaftungskosten (Hausmeister, Reinigung, Energieversorgung etc.- Eigen- und Fremdleistungen sowie Mietaufwendungen für Drittanmietungen) in Höhe von rund 78,8 Mio. € sowie für Beschaffungen rund 25,4 Mio. €. Soweit die GMSH in Organleihe für das Land tätig wird - das gilt grundsätzlich für die Geschäftsbereiche Landesbau und Gebäudebewirtschaftung - handelt es sich dabei um die Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten. Im Geschäftsbereich Beschaffung werden die Aufwendungen der GMSH (Regiekosten) kalkulatorisch ermittelt und entweder auf die beschafften Produkte aufgeschlagen (Beschaffungen im eigenen Namen) oder gesondert in Rechnung gestellt (Beschaffungen im fremden Namen).

Ausblick

Mittelfristig wird für das von der GMSH zu begleitende Bauausgabevolumen sowohl für Landesmaßnahmen als auch für Bundesmaßnahmen mit jeweils deutlich über 100 Mio. € pro Jahr gerechnet.

Ohne Berücksichtigung der Sondereffekte aus den Anforderungen der Flüchtlingsunterbringung wird für die Bereiche Gebäudebewirtschaftung und Beschaffung jeweils mit einer moderaten Ausweitung des Aufgabenvolumens gerechnet. Die IT-technische Unterstützung soll insbesondere für die Baubereiche, aber auch für die Bereiche Beschaffung und Gebäudebewirtschaftung, weiter ausgebaut und - soweit möglich - vereinheitlicht werden, um weitere Synergieeffekte zu erzielen.

3
3

Saalestraße 8
24539 Neumünster
Telefon: (04321) 999 40
Fax: (04321) 999 444
E-mail: info@goes-sh.de
Internet: www.goes-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die zentrale Stelle für die Organisation der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Schleswig-Holstein und übernimmt hoheitliche Aufgaben gemäß § 11 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes des Landes-Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung und der dazu ergangenen Verordnungen und Erlasse.

Zur Erreichung des Gesellschaftszwecks darf die Gesellschaft sich auf allen Gebieten betätigen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Eigentumsverhältnisse:	in €	in %
Stammkapital der GOES	300.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	77.250	25,75
Die Kreise und kreisfreien Städte des Landes zu je 5.050 €	75.750	25,25
SHEREG – Schleswig-Holsteinische Entsorgung und Recycling GmbH	36.750	12,25
EGSH – Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.	36.750	12,25
14 Verbände und Organisationen der abfallerzeugenden Wirtschaft in S.-H.	73.500	24,50

Geschäftsführung

Dr. Reinhard Weber

Aufsichtsrat

Dr. Andreas Wasielewski (Vorsitzender), MELUR SH
Stefan Dunst, Städteverband SH
Martin Kayenburg, UV Nord
Jürgen Strube, SHLT (stellvertretendes Mitglied)
Dr. Martin Kruse, IHK Schleswig-Holstein
Regina Klein, FM SH
Klaus Scherler, SHEREG mbH
Lys Birgit Zorn, Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e. V.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	26	37	40
Liquide Mittel	896	1.020	1.086
Eigenkapital	947	886	801
Rückstellungen	20	24	25
Bilanzsumme	991	1.167	1.206

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	1.166	1.277	1.244
Personalaufwand	685	711	724
Jahresergebnis	60	85	59

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	13	13	14
davon			
Frauen	3	3	3
Männer	10	10	11
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Vollzeitäquivalente	12,75	12,75	13,75

Kennzahlen	2014	2013	2012
Eigenkapitalrentabilität (in %)	6	9	7
Umsatz je Mitarbeiter (in T€)	90	98	78
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-124	-50	264

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin zufriedenstellend. Die Umsatzerlöse sind gegenüber 2013 um 8,7 % gesunken.

Die Umsatzerlöse stammen im Wesentlichen aus dem hoheitlichen Bereich insbesondere aus der Notifizierung und dem Betrieb der Geschäftsstelle IKA (InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme) für die 16 Bundesländer zur Betreuung der Abfall-DV-Systeme.

Die Finanz- und Vermögenslage stellt sich weiterhin als sehr gut dar. Die Gesellschaft kommt seit Jahren ohne Fremdmittel zur Finanzierung ihrer Vorhaben aus. Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss von 60,3 T€ erzielt.

Ausblick

Die Umsatzerlöse aus den Gebühreneinnahmen sind in 2014 gegenüber 2013 um 11,5 % gesunken. Der Umsatzrückgang ist wesentlich auf die um 13,0 % gesunkenen Einnahmen aus dem nationalen und auf die um 10,3 % gesunkenen Einnahmen der internationalen Bereiche zurückzuführen. Seit dem Geschäftsjahr 2012 wurde durch die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage im Jahresabschluss sichergestellt, dass zukünftig Ergebnisschwankungen im hoheitlichen Bereich ausgeglichen und die Gebühren konstant gehalten werden können. Zum 31.12.2014 beträgt diese zweckgebundene Rücklage 92,5 T€.

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH



Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel
Telefon: 0431 / 988-3953
Fax: 0431 / 988-616-3953
E-Mail: Mathias.Sonnenberg@fimi.landsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen aller Art von juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Interesse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur des Landes Schleswig-Holstein und aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GVB	750.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	750.000	100,00

Geschäftsführung

Mathias Sonnenberg

Beteiligungen

Spielbank SH GmbH	1.457	100,00
--------------------------	--------------	---------------

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.457	1.457	1.457
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.033	1.417	1.005
Sonstige Vermögensgegenstände	224	256	79
Guthaben Kreditinstitute	5.689	4.785	4.949
Eigenkapital	8.385	7.743	7.483
davon			
gezeichnetes Kapital	750	750	750
Gewinnrücklage	26.122	26.122	26.122
Verlustvortrag	-19.130	-19.389	-19.574
Jahresergebnis	652	260	185
Rückstellungen gesamt	11	12	12
Verbindlichkeiten gesamt	1	164	0
Bilanzsumme	8.408	7.919	7.496

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	0	1	1
Personalaufwand	9	9	8
Sonstiger betrieblicher Aufwand	21	21	476
Erträge aus Beteiligungen	600	200	621
Zinsertrag	84	91	50
Zinsaufwand	0	0	0
Jahresergebnis	652	260	185

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	2	2	2
davon			
Frauen	0	0	0
Männer	2	2	2
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte⁷	2	2	2
davon Geschäftsführung	1	1	1

Geschäftsverlauf

Das wesentliche Geschäftsfeld der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein bildet die Verwaltung der zum 1. Oktober 2009 übernommenen Beteiligung an der jetzigen Spielbank SH GmbH. Die Spielbank SH GmbH wiederum ist Eigentümerin der Spielbanken Lübeck, Schenefeld, Kiel, Flensburg und Sylt.

Bei nahezu unveränderter Bilanzstruktur hat sich die Bilanzsumme von 7,9 Mio. EUR auf 8,4 Mio. EUR erhöht. Die unveränderten Finanzanlagen in Höhe von 1,5 Mio. € und die in geringem Umfang gesunkenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Gesellschafterdarlehen) in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) wurden aus eigenen Mitteln finanziert. Die Eigenkapitalquote bleibt mit 99 Prozent (Vorjahr: 98 Prozent) nahezu unverändert hoch. Aus der Beteiligung an der Spielbank SH GmbH konnte im Berichtsjahr eine Ausschüttung in Höhe von 600 T€ (Vorjahr: 200 T€) vereinnahmt werden. Eine Rückzahlungsverpflichtung an die Spielbank SH GmbH aus nicht einbehaltenen Steuern in Höhe von 164 T€ wurde im Februar des Geschäftsjahres beglichen. Insgesamt verbesserte sich der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 392 T€ auf 652 T€ (Vorjahr: 260 T€).

Im Berichtsjahr hatte die Gesellschaft einen Geschäftsführer. Ein weiterer Mitarbeiter wurde im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses im Abwicklungsbereich eingesetzt. Die Buchführung erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch eine externe Steuerberatungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GVB geflossen.

Ausblick

Die Ertragslage der GVB wird wesentlich durch die Ertragslage der Spielbankengruppe bestimmt. Das Land hat als Gesellschafter der GVB ein Interesse, einen geregelten Spielbetrieb unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, die Einnahmen aus Abgaben dauerhaft zu erhalten und ggfs. eine Privatisierung zu ermöglichen. Mit einer bereits vollzogenen Absenkung der Spielbank- und Zusatzabgabe, konnte die Ergebnissituation der Spielbanken stabilisiert werden. Bilanzentlastend wirke sich die Konzessionsverlängerung in den Büchern der Spielbanken aus. Der Spielbetrieb ist nunmehr bis zum Jahre 2026 gesichert.

Für die Jahre 2015 und 2016 wird bei kontinuierlichem steigendem Geschäftsverlauf der Spielbankengruppe, auch bei einer abgesenkten Zinsprognose für das Anlagegeschäft der GVB, mit einem positiven Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2014 gerechnet.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet.

⁷ Vollzeitäquivalente sind nicht darstellbar, da es sich um nebenamtliche Tätigkeiten handelt.

. 0

**Besenbinderhof 37****20097 Hamburg****Telefon:** 040 / 37 70 75 0 – 0**Fax:** 040 / 37 70 75 0 – 15 9**Mall:** info@hsh-finanzfonds.de**Internet:** www.hsh-finanzfonds.de**Unternehmensaufgabe**

Aufgabe der Anstalt ist eine Kapitalunterstützung der HSH Nordbank AG durch die Träger zur Unterstützung der HSH Nordbank AG bei der Erfüllung der dieser obliegenden Eigenkapitalanforderungen.

In diesem Zusammenhang hat die Anstalt im Rahmen der Durchführung einer ordentlichen Kapitalerhöhung 2009 Aktien der HSH Nordbank AG in Höhe von 3 Mrd. € erworben. Ferner hat die Anstalt 2009 mit der HSH Nordbank AG einen Garantiebereitstellungsvertrag geschlossen und der HSH Nordbank AG aufgrund dessen Garantien bis zu einer Garantiesumme in Höhe von 10 Mrd. € zur Absicherung von Risikoaktiva gewährt.

Eigentumsverhältnisse	In %
Land Schleswig-Holstein	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	50,00

Gemäß Staatsvertrag wurde die Anstalt ohne Eigenkapital gegründet.

Geschäftsführung**Ralf Sommer****Dr. Karl-Hermann Witte****Anstaltsträgerversammlung****Andreas Bolenz, FB HH****Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV****Peter Däuber, FM SH****Dr. Christiane Sorgenfrei, FM SH**

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil HSH Finanzfonds in %
HSH Nordbank AG	3.018.224.453	65,01

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anteile an verbundenen Unternehmen	958.000	1.313.000	1.474.000
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	102.222	102.222	71.556
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	8.038	53.962	12.220
Eigenkapital	-1.646.276	-1.313.324	-1.371.171
davon Gewinnrücklagen	0	0	335.024
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	-332.952	-57.847	-1.706.195
Verbindlichkeiten	1.290.829	1.947.954	2.117.147
Eventualverbindlichkeiten	8.576.000	8.862.000	6.181.000
Bilanzsumme	2.714.951	3.086.092	2.937.606

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	406.239	621.106	284.673
davon Erträge aus der Garantie		620.642	284.667
Personalaufwand	546	530	488
Sonstige betriebliche Aufwendungen	201.064	269.031	825.866
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	355.000	161.000	1.087.000
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	-332.952	-57.847	-1.706.195

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamt (Personen)	6	6	6
davon	2	2	3
Frauen	4	4	3
Männer			3
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	3	3	2
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	4,5	4,5	4,1
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	0,4	0,4	0,4

Kennzahlen	2014	2013	2012
Eventualverbindlichkeit Garantie (in T€)	10.000.000	10.000.000	7.000.000
Rückgarantie der beiden Länder (in T€)	10.000.000	10.000.000	7.000.000
Tatsächlich abgerechnet unter der Garantie (in T€)	0	0	0
Puffer zu 3.200 (in T€)	2.089	2.419.000	2.884.000

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Anstalt ist insgesamt abhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank AG, insbesondere von der Höhe einer möglichen Inanspruchnahme der Garantie, den Wertansätzen für die Beteiligung sowie den gewählten Zeitpunkten der Garantierückführungen.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die Anstalt unter www.hsh-finanzfonds.de und für die Bank unter www.hsh-nordbank.de laufend aktualisiert dargestellt.



Gerhart-Hauptmann-Platz 50

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 33 33 – 0

Fax: 040 / 33 33 – 34 00 1

Martensdamm 6

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 90 0 – 01

Fax: 0431 / 90 0 – 34 00 2

mail: info@hsh-nordbank.com

Internet: www.hsh-nordbank.de

Unternehmensaufgabe

Die Bank ist eine allgemeine Geschäftsbank. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind Bank- und Finanzgeschäfte aller Art sowie weitere Dienstleistungen und Geschäfte im kreditwirtschaftlichen Bereich. Sie bietet ferner als Bankpartner der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg Finanzdienstleistungen für öffentliche Kunden an und nimmt die Funktion einer Sparkassenzentralbank wahr. Die Bank ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe.

Eigentumsverhältnisse	In €	in %
Grundkapital	3.018.224.530	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein		9,58
Freie und Hansestadt Hamburg		10,80
HSH Finanzfonds AöR		65,00
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein		5,31
9 Trusts beraten von J.C. Flowers & Co. LLC		9,31

Vorstand

Constantin von Oesterreich

Stefan Ermisch

Ulrik Lackschewitz

Torsten Temp

Matthias Wittenburg

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

**Dr. Thomas Mirow (Vorsitzender), ehem. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
Silke Grimm, Euler Hermes Deutschland AG
Stefan Jütte, ehem. Deutsche Postbank AG
Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV Hamburg
Dr. David Morgan, J.C. Flowers & Co. UK Ltd.
Dr. Philipp Nimmermann, FM SH
Elke Weber-Braun, Wirtschaftsprüferin
Jörg Wohlers, ehem. Hamburger Sparkasse AG und HASPA Finanzholding**

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

**Olaf Behm (stellv. Vorsitzender)
Stefanie Arp
Sabine-Almut Auerbach (ver.di)
Peter Axmann
Simone Graf
Rieka Meetz-Schawaller
Stefan Schlatermund
Klaus-Dieter Schwettscher (ver.di)**

Die Aufsichtsratsvergütung betrug für das Geschäftsjahr 2014 insgesamt 457 T€ (ohne USt).

Beteiligungen:

Insgesamt 56 vollkonsolidierte Gesellschaften (unter Berücksichtigung IFRS 10)

davon 25 Gesellschaften mit 100 % Anteil am Eigenkapital

Unternehmensdaten:
(alle Angaben in Mio. €)

Ausgewählte Daten aus der Konzernbilanz	2014	2013	2012
Geschäftsvolumen	119.880	118.729	138.515
Bilanzielles Eigenkapital	4.672	4.579	5.272
davon			
Grundkapital	3.018	3.018	3.018
Rücklagen	1.508	2.335	2.380
Konzernbilanzverlust / -gewinn	159	-767	-120
Rückstellungen	1.699	1.394	1.664
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.547	18.212	29.934
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.165	40.662	41.308
Verbriefte Verbindlichkeiten	27.634	28.561	31.459
Bilanzsumme	110.082	109.111	130.606

Ausgewählte Daten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Zinserträge	5.119	6.097	8.601
Zinsaufwand	-4.326	-5.021	-7.549
Zinsüberschuss	586	929	1.520
Provisionsüberschuss	130	104	119
Handelsergebnis	62	193	-238
Gesamtertrag	909	1.496	1.446
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	576	-833	-656
Einzelwertberichtigungen	-566	-2.117	-1377
Portfoliowertberichtigungen	35	125	49
Kompensationsposten durch Garantie	1.401	744	567
Verwaltungsaufwand	-724	-755	-821
Ergebnis vor Restrukturierung	883	-48	160
Restrukturierungsergebnis	-84	-56	-43
Aufwand für öffentliche Garantien	-521	-414	-302
Konzernüberschuss/ -fehlbetrag	160	-769	-120

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Konzern)	2.929	3.187	3.657
davon			
Frauen	1.239	1.358	1.606
Männer	1.690	1.829	2.051
Auszubildende	39	44	55
Teilzeitbeschäftigtenquote (in %)	25,9	23,8	21,1
Vollzeitäquivalente (jeweils 31.12.)	2.579	2.835	3.123

Kennzahlen	2014	2013	2012
Kernkapitalquote (in %)	14,4	14,3	12,3
Langfristrating ungarantiert Moody's	Baa3	Baa3	Baa2
Stand Alone Rating Moody's (1)	b3	E	E +
Bestand Gewährträgerhaftung in (Mrd. €)	2,9	25,0	31,4

(1) In 2015 Methodikänderung bei Moody's: BCA (Baseline Credit Assessment) ersetzt bisheriges Stand Alone Rating und erhält neue Bezeichnung

Geschäftsverlauf und Ausblick

Der grundlegende Umbau der HSH Nordbank AG, der im Jahr 2011 im Zuge des abgeschlossenen EU-Belhilfeverfahrens zur Bank eingeleitet wurde, ist im Jahr 2014 weiter vorangetrieben worden. Zentrale Kennzahlen wie das Neugeschäftsvolumen konnten planmäßig verbessert werden und der Abbau der Altlasten in der Restructuring Unit kam ebenfalls voran. Dies trug zu dem positiven Jahresergebnis trotz andauernder Krise auf den Schiffsmärkten bei.

Die Wiedererhöhung der Ländergarantie von 7 Mrd. Euro auf den ursprünglichen Wert von 10 Mrd. Euro hat entscheidend dazu beigetragen, dass die HSH Nordbank im Oktober 2014 die umfassende Bankenprüfung im Rahmen des Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank (Asset Quality Review sowie Stresstest) erfolgreich bestanden hat.

Im Oktober 2015 hatten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission eine informelle Verständigung erzielt, in der die Eckpunkte für eine Genehmigung der Wiedererhöhung der Ländergarantie für die HSH Nordbank vereinbart wurden. In der Folge haben die Länder eine Abwicklungsanstalt errichtet, die zur Entlastung der Bank Portfolien notleidender Kredite bis zu einer Höhe von 6,2 Mrd. Euro EAD übernehmen darf.

Die Abwicklungsanstalt wird Kredite im Volumen von zunächst etwa 5 Mrd. Euro EAD von der HSH Nordbank übernehmen. Die Übertragung wird voraussichtlich im Sommer 2016 erfolgen. Weitere 1,2 Mrd. Euro kann die Bank zu einem späteren Zeitpunkt an die Abwicklungsanstalt verkaufen. Die Wiedererhöhung der Ländergarantie wurde von der Europäischen Kommission im Mai 2016 genehmigt.

Unter www.hsh-nordbank.de wird der Geschäftsverlauf und Ausblick laufend aktualisiert dargestellt.

InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH



Emil-Sommer-Str. 7
28329 Bremen
Telefon: 0421 / 4361-0
Fax: 0421 / 4361-189
Mail: mail@inpha.de
Internet: www.inpha.de

Unternehmensaufgabe

Die InphA führt Untersuchungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten, die im Rahmen der Überwachung im Zuständigkeitsbereich der Gesellschafter anfallen, sowie damit verbundene Tätigkeiten durch. Wenn die Erfüllung dieser Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird, können auch entgeltliche Auftragsuntersuchungen gegenüber anderen und sonstigen Dritten durchgeführt werden.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital des InphA	38.400	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.400	16,67
Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Niedersachsen, Land Hessen, Saarland	6.400	16,67
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Konrad Horn

Aufsichtsrat

- **Dr. Renée Buck, MSGWG SH**
- **Gerhard Zeitler (Vorsitzender), HE**
- **Claudia Schröder, NI**
- **Dr. Volker Kregel, FHH**
- **Dr. Thomas Lamberty (stellvertretender Vorsitzender), SL**
- **Silke Stroth, HB**

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	853	1.009	1.202
Umlaufvermögen	1.088	690	334
Eigenkapital	1.738	1.526	1.300
davon gezeichnetes Kapital	38	38	38
Rücklagen	1.705	1.511	1.261
Rückstellungen	107	108	156
Bilanzsumme	1.942	1.707	1.539

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
sonstige betriebliche Erträge	117	109	71
Materialaufwand	114	114	116
Personalaufwand	1.090	1.044	1.133
Abschreibungen	208	232	235
sonstige betriebliche Aufwendungen	266	280	311
Jahresergebnis	-1.434	-1.451	-1.720
Nachrichtlich: jährliche Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklagen	1.647	1.647	1.529
davon Schleswig-Holstein	235	235	235

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamt	24	24	27
davon			
Frauen	18	18	21
Männer	6	6	6
Auszubildende	1	2	2
Teilzeitbeschäftigte	10	9	7
Vollzeitäquivalente	18,1	19,3	23,6

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	62	42	251
Untersuchte Proben	877	673	944
Eingesandte Proben	835	804	936
Untersuchte Proben / techn. MA im Durchschnitt	86	83	88

Geschäftsverlauf

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2012 beschlossen, dass über die bisherigen Tätigkeiten hinaus zukünftig zusätzliche Tätigkeiten für sonstige Dritte angeboten und ausgeführt werden sollen.

Zudem trägt die Gesellschaft seit dem 16.01.2013 nach der Umfirmierung den Namen „InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (InphA)“. Durch die Einführung des Begriffes „angewandte Analytik“ soll die Ausweitung der Tätigkeiten über die reine Untersuchung von Arzneimitteln hinaus verdeutlicht werden.

Im Jahr 2013 wurde das Kontingent der Länder aufgrund des erfolgten Personalabbaus von 995 auf 854 abgesenkt. Im Jahr 2014 wurden 835 Proben tatsächlich eingesandt und das Kontingent damit zu 98% ausgeschöpft.

Die Anzahl der zusätzlich durch Dritte im Jahr 2014 eingesandten Untersuchungsaufträge beläuft sich auf 87.

Unter Berücksichtigung aller Proben hat jede/r technische/ Mitarbeiter/In im Jahr 2014 im Schnitt 100 Proben untersucht.

Es wurden alle laut Wirtschaftsplan 2014 vorgesehenen Investitionen realisiert. Allerdings sind diese im Vergleich zu den Vorjahren als Teil der Sparmaßnahmen auf zwingende Ersatzinvestitionen reduziert worden.

Das Unternehmen finanziert sich aus den Beiträgen der als Gesellschafter beteiligten Bundesländer. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus der bilanziellen Behandlung der Länderbeiträge, die – statt als Erlöse in die Gewinn- und Verlustrechnung – direkt in die Kapitalrücklage eingestellt werden. Aus Entnahmen der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe wird der Jahresfehlbetrag ausgeglichen und so ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt. Das Land Schleswig-Holstein leistet hierzu einen jährlichen Beitrag von 235 T€ als Gesellschaftereinlage.

Die Vertreterin des Landes Schleswig-Holstein, Fr. Dr. Buck war vom 1.1.2014 bis zum 31.12.2015 Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Ausblick

Neben der Fortführung der „Sparte 2“ (also die Aufträge durch Dritte) sollen als neues Produkt Schulungen zur Mikrobiologie in Zusammenarbeit mit einem Vertriebspartner angeboten werden.

Wesentlich für die Gesellschaft ist in der nächsten Zeit, wie sich die neuen Geschäftsfelder weiter entwickeln, ob dadurch ggf. negative Auswirkungen auf das originäre Geschäft entstehen und die wirtschaftlichen Ansätze grundsätzlich erfüllt werden können.

Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR



Fleethörn 29 – 31

24103 Kiel

Telefon: (0431) 9905-0

Fax: (0431) 9905-3383

E-Mail: info@ib-sh.de

Internet: www.ib-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Erfüllung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der IB.SH	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Vorstand

- Erk Westermann-Lammers (Vorsitzender)
- Dr. Michael Adamska

Verwaltungsrat

- Dr. Philipp Nimmermann (Vorsitzender)
- Manuela Söller-Winkler (1. Vertreterin des Vorsitzenden), MIB SH)
- Dr. Frank Nägele (2. Vertreter des Vorsitzenden), MWAVT SH
- Dr. Ingrid Nestle, MELUR SH
- Prof. Dr. Ute Vanini, Fachhochschule Kiel
- Elke Weber-Braun, selbst, Wirtschaftsprüferin
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Jan-Christian Erps, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
- Marina Credo, IB.SH
- Cornelia Pankratz, IB.SH
- Matthias Strunck, IB.SH
- André Zobel, IB.SH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 von der IB.SH keine Vergütung.

Beteiligungen	in €	in %
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein	63.950	8,93
Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Rendsburg-Eckernförde mbH	19.200	0,64
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH	6.240	24,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG)	360.000	25,01
Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein mbH	150.000	15,00
IB,SH-Anteil aus EFRE II - Beteiligungen		
Food4fans GmbH & Co. KG	222	0,8
Anteile an verbundenen Unternehmen		
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	13.916.300	50,60
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH	25.000	100,00
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co KG	3.945.000	100,00

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Forderungen an Kreditinstitute	4.398.184	4.482.695	4.274.767
Forderungen an Kunden	9.984.060	9.409.179	9.456.669
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.095.449	3.301.858	3.101.508
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.961	9.953	9.945
Beteiligungen	12.107	12.167	8.142
Anteile an verbundenen Unternehmen	111.552	111.552	100.552
Sachanlagen	7.599	7.864	8.132
Sonstige Vermögengegenstände	3.313	152	11.700
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.671.276	13.084.383	13.097.855
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.012.827	1.801.648	1.403.388
sonstige Verbindlichkeiten	35.880	36.684	34.557
Rückstellungen gesamt	81.241	74.712	72.779

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Fonds für Zinsausgleich	889.544	889.444	890.093
Eigenkapital	1.146.710	1.134.074	1.119.716
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	1.009.564	996.928	982.571
Gewinnrücklage	34.145	34.145	34.145
Bilanzgewinn	3.000	3.000	3.000
Bilanzsumme	18.343.527	18.030.847	17.975.832
Eventualverbindlichkeiten	593.883	659.848	696.503

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Zinserträge gesamt	586.170	602.549	671.802
Zinsaufwendungen	485.902	506.726	583.606
Erträge aus Beteiligungen/verbundenen Unternehmen	8.223	10.751	8.208
Provisionserträge	8.151	8.583	8.486
Provisionsaufwendungen	4.007	4.067	4.435
Sonstige betriebliche Erträge	9.873	10.498	14.976
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	55.141	53.104	50.508
davon			
Löhne und Gehälter	29.431	27.908	26.549
andere Verwaltungsaufwendungen	16.267	18.360	16.961
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	54.868	61.688	57.904
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.052	3.171	3.010
Jahresüberschuss	3.000	3.000	3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	553	526	509
davon			
Frauen	223	308	301
Männer	330	218	208
Auszubildende	24	23	20
Teilzeitbeschäftigte	157	135	127
Vollzeitäquivalente	487,1	470,4	434,6

Kennzahlen	2014	2013	2012
Neugeschäftsentwicklung (in Mio. €)	2.144	2.225	2.103
Förderbestand (in Mio. €)	14.934	14.651	14.921
Solvabilitätskoeffizient (in %)	16,4	18,3	17,2
Cost-Income Ratio (im Zweckvermögen IB.SH)	0,67	0,63	0,53
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten (in Mio. €)	56,7	59,4	56,9

Geschäftsverlauf

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Neugeschäftsvolumen von 2.144,5 Mio. € nach 2.225,3 Mio. € im Vorjahr erzielt. Während sich der Anteil des Neugeschäfts in der Sparte Firmenkunden weiter rückläufig entwickelte, wurden in den Sparten Immobilienkunden, Kommunalkunden sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung Zuwächse verzeichnet. Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäft in der Sparte Firmenkunden 913,8 Mio. € (-135,4 Mio. €), in der Sparte Immobilienkunden 545,6 Mio. € (+44,5 Mio. €), Kommunalkunden 586,8 Mio. € (+8,5 Mio. €) und in der Arbeitsmarkt/Strukturförderung 98,3 Mio. € (+1,6 Mio. €). Der Rückgang in der Sparte Firmenkunden ist auf die Ausplatzierung von bestehenden Fonds für Risikokapital, Neugründungen und etablierte Mittelständler zurückzuführen. Die "Offensive für bezahlbares Wohnen" des Landes Schleswig-Holstein und der Wohnungswirtschaft sowie die Wohneigentums- und Modernisierungsprogramme der KfW führten zu einem Anstieg in der Sparte Immobilienkunden.

Auf der Ertragsseite konnte das Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr auf 98,8 Mio. € (vor Sondereffekten in Höhe von 1,5 Mio. €) (Vorjahr: 95,8 Mio. €) weiter gesteigert werden. Das Provisionsergebnis ging hingegen auf 4,1 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €) und der sonstige betriebliche Überschuss auf 9,4 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €) im Wesentlichen begründet durch die Programmaufwendungen für "Offensive für bezahlbares Wohnen" zurück. Auf der Aufwandsseite führten insbesondere um 4,2 Mio. € gestiegene Personalaufwendungen zu Belastungen. Dies ist bedingt durch die Übernahme neuer Aufgaben und die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Zudem sorgten gestiegene Pensionsrückstellungen für eine zusätzliche Belastung. In Summe ging das Ergebnis vor Risikovorsorge insgesamt um 11,2 Mio. € auf 56,7 Mio. € zurück.

Insgesamt konnten, u.a. bedingt durch Nettoauflösungen von Wertberichtigungen, der Vorsorgereserve 61,6 Mio. € zugeführt werden.

Unter Berücksichtigung von Sondereffekten von 0,8 Mio. € aus der Rückerstattung von Bearbeitungsgebühren, Erträgen aus der vorzeitigen Beendigung derivativer Zinsinstrumente sowie Projektaufwendungen im Zuge der SEPA-Einführung, wurde ein Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau von 3,0 Mio. € erwirtschaftet.

Im Berichtsjahr ist die Bilanzsumme im Vorjahresvergleich um ca. 300 Mio. € auf 18,3 Mrd. € gestiegen. Dabei haben sich die Forderungen an Kreditinstitute um 84,5 Mio. € sowie der Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 206,4 Mio. € verringert, während sich die Forderungen an Kunden um 574,9 Mio. € sowie der Bestand an Treuhandvermögen um 21,3 Mio. € erhöht haben. Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute um 413,1 Mio. € und die Verbindlichkeiten aus der Förderung mit Bundesmitteln um 19,3 Mio. € verringert, wohingegen die Treuhandverbindlichkeiten um 21,3 Mio. € gestiegen sind. Nach Beendigung des Entflechtungsgesetzes wurden der Kapitalrücklage im Rahmen des Aufbauhilfegesetzes zweckgebundene Haushaltsmittel des Landes aus Bundesfinanzhilfen in Höhe von 12,64 Mio. € zugeführt.

Ausblick

Die IB.SH erwartet, dass die EZB auch im Jahr 2015 ihre expansive Geldpolitik durch den Ankauf von Staatspapieren weiter fortsetzen wird. Für Deutschland wird von einer weiterhin verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen.

Die Bank geht in 2015 von einer Ergebnisbelastung durch ihre Beteiligung am vom europäischen Parlament verabschiedeten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund) aus. Der Umfang der daraus resultierenden Belastung lässt sich aufgrund noch ungeklärter Details sowie undefinierter Berechnungsparameter zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Bank nicht abschätzen. Zudem wird von zusätzlichen Belastungen durch neue und weitergehende Anforderungen der Bankenaufsicht ausgegangen.

Im Kommunalkreditgeschäft erwartet die IB.SH, auch in 2015 zunehmend zur Sicherstellung der Kreditversorgung der Kommunen in Anspruch genommen zu werden. Die steigende Sättigung beim Ausbau der erneuerbaren Energie lässt die Bank im Fördergeschäft ein Neugeschäftsvolumen leicht unter dem Vorjahresniveau erwarten.

Allgemein wird im Fördergeschäft von tendenziell sinkenden Förderkreditbeständen aufgrund hoher außerplanmäßiger Tilgungen in Folge des niedrigen Zinsniveaus ausgegangen.

Vor dem Hintergrund der erwarteten Fortsetzung des niedrigen Zinsniveaus und der damit einhergehenden geringen Margen im Wertpapierportfolio wird ein Zinsüberschuss unter dem des Berichtsjahres erwartet.

Der Jahresüberschuss wird in Höhe von 3,0 Mio. € prognostiziert.

2

**Falkenried 88**

20251 Hamburg

Telefon: 040 / 47 19 6 – 400

Fax: 040 / 47 19 6 – 444

Mail: info@lifesciencenord.deInternet: www.lifesciencenord.de**Unternehmensaufgabe**

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Stärkung der Life Science Branche im norddeutschen Raum, um somit die Clusterbildung der „Innovativen Medizin“ voranzutreiben. Die Gesellschaft soll zentrale Anlaufstelle für alle Life Science Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sein, mit dem Fokus auf Vernetzung und Koordination.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der LSN Management GmbH	62.500	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	40,00
Freie und Hansestadt Hamburg	25.000	40,00
Life Science Nord e.V.	12.500	20,00

Geschäftsführung

Dr. Hinrich Habeck

Aufsichtsrat

Dr. Rolf Bösing (Vorsitzender), BWVI HH

Dr. Frank Nägele (stellv. Vorsitzender), MWAVT SH

Rolf Fischer, MSGWG SH

Dr. Eva Gümbel, BWFG HH

Prof. Dr. Dr. Edith Huland, Life Science Nord e.V. / Immunservice GmbH

Dr. Mathias Kraas, Life Science Nord e.V. / Olympus Surgical Technologies Europe GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	75	71	31
Umlaufvermögen	304	272	397
Eigenkapital	63	63	63
Sonderposten für Investitionszuschüsse	75	71	29
Rückstellungen	109	115	89
Verbindlichkeiten	168	99	244
Bilanzsumme	434	374	438

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	268	160	253
sonstige betriebliche Erträge	988	1.063	1.247
davon Zuwendung des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung und Projektförderung)	416	470	454
Personalaufwand	535	527	526
sonstige betriebliche Aufwendungen	691	682	964
Jahresergebnis	0	0	0

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamt	10	8	8
davon			
Frauen	5	4	4
Männer	5	4	4
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	4	1	1
Vollzeitäquivalente	8	7,5	7,5

Kennzahlen	2014	2013	2012
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	98	-58	111

Geschäftsverlauf

Die Geschäftstätigkeit der LSN Management GmbH ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie hat im Geschäftsjahr 2014 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis in Höhe von 0,1 T€ erzielt.

Der Anstieg der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2014 resultiert im Wesentlichen aus der maßgeblich von der LSN Management GmbH organisierten Veranstaltung „Deutsche Biotechnologietage 2014“. Diese Veranstaltung wird jährlich wechselnd von unterschiedlichen Ausrichtern in ganz Deutschland organisiert. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall von EU-Fördermitteln. Wesentliche Erträge sind unverändert die Zuwendungen der beiden Trägerländer Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein, die rd. 72 % der gesamten Erträge ausmachen. Schleswig-Holstein gewährte der Gesellschaft 2014 inklusive Projektförderungen Zuwendungen in Höhe von 416 T€, der Anteil der institutionellen Förderung betrug unverändert 400 T€.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielte die LSN Management GmbH einen Cashflow in Höhe von 98 T€. Der Grund für den positiven Cashflow resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang der ausstehenden Forderungen aus Fördermitteln sowie einem stichtagsbedingten Anstieg der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen.

Die Geschäftsjahre 2014 und 2015 waren geprägt durch die Umsetzung der im Jahr 2013 erarbeiteten und beschlossenen Strategie für das Cluster Life Science Nord. Das Cluster strebt an, sich bis zum Jahr 2023 als eines der führenden Life-Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen. Hierzu soll die Wertschöpfung entlang der gesamten Prozesskette von Forschung und Entwicklung bis hin zum Vertrieb gestärkt werden. In sieben strategischen Handlungsfeldern wurden konkrete Handlungsoptionen und Maßnahmen erarbeitet, die sukzessive umgesetzt werden. So erfolgte u.a. die durch die Änderung des Gesellschaftsvertrags im Juli 2014 vorgenommene Umfirmierung der Gesellschaft (ehemals: „Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH“), durch die die Firma der Gesellschaft als Clustermanagement Agentur der Marke des Clusters angepasst wurde.

In Umsetzung der Clusterstrategie stellte sich die LSN Management GmbH auch erfolgreich einem europäischen Benchmarking für Cluster und erhielt im Januar 2014 die Bronze-Auszeichnung des European Secretariat for Cluster Analysis (ESCA). Im Jahr 2015 hat sich die Gesellschaft der nächsten Stufe der Zertifizierung gestellt und erfolgreich mit dem Erhalt des Gold-Labels abgeschlossen. Auch die weiteren in den sieben Handlungsfeldern bereits eingeleiteten Schritte wurden im Geschäftsjahr 2015 weitergehend bearbeitet. Hierunter fallen beispielsweise die Schwerpunktbildung im Bereich Northopedics und die Initiierung konkreter Projekte gemeinsam mit den Clusterakteuren.

Ausblick

Ebenso wie die vorangegangenen Jahre wird auch das Geschäftsjahr 2016 im Zeichen der fortgesetzten Umsetzungsplanung und operativen Umsetzung der Life Science Nord Strategie stehen. Die in den sieben Handlungsfeldern bereits konkret eingeleiteten Schritte werden hierzu weiter bearbeitet und mit besonderem Fokus umgesetzt werden. Hierunter fallen beispielsweise die Schwerpunktbildung Knochenheilung mit den Projekten BoneBank, BFCC (Baltic Fracture Competence Centre) und Northopedics, die Schwerpunktbildung Infektion und Hygiene mit der Umsetzung des Projekts HiHeal und die Initiierung konkreter Projekte gemeinsam mit den Clusterakteuren über diese Projekte hinaus.

Der Wirtschaftsplan für 2016 geht von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH



Raiffeisenstraße 1
24103 Kiel

Telefon: 0431/ 66 01 9 – 12

Fax: 0431/ 66 01 9 – 19

Mail: info@nah.sh

Internet: <http://www.nah.sh>

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die Einrichtung, die nach Übertragung durch das Land Schleswig-Holstein die Planung, die Organisation und die Abwicklung für die Aufgabe des Landes, eine ausreichende Bedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein sicherzustellen, wahrnimmt. Die Planung, die Organisation und die Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit den kreisfreien Städten sowie den Kreisen oder deren Zweckverbänden als Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	26.010	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	13.005	50,00
Kreis Dithmarschen, Kreis Herzogtum-Lauenburg, Kreis Nordfriesland, Kreis Ostholstein, Kreis Pinneberg, Kreis Plön, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Segeberg, Zweckverband ÖPNV Steinburg, Kreis Stormarn, Landeshauptstadt Kiel, Stadt Flensburg, Hansestadt Lübeck, Stadt Neumünster	867	3,34
jeweils		

Vorstand

Bernhard Wewers

Aufsichtsrat

Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT SH
 Dieter Harrsen (stellvertretender Vorsitzender), Kreis NF
 Karin Reese-Cloosters, FM SH
 Peter Todeskino, LHS Kiel

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Jochen von Allwörden, Städteverband S-H
 Matthias Heidelberg, für den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil NAH.SH (in %)
Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein	150	10,00

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	316	71	94
Umlaufvermögen	689	204	265
Eigenkapital	26	26	26
Rückstellungen	47	47	42
Verbindlichkeiten	635	151	219
davon erhaltene Anzahlungen	458	0	0
Bilanzsumme	1.009	280	366

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein	2.259	1.828	2.218
sonstige Umsatzerlöse	20	0	84
sonstige betriebliche Erträge	45	42	36
Aufwand für bezogene Leistungen	8	21	564
Personalaufwand	1.570	1.437	1.316
Sonstige betriebliche Aufwendungen	709	377	417
Jahresergebnis	0	0	0

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	29	28	26
davon			
Frauen	16	16	16
Männer	13	12	10
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	15	16	16
Vollzeitäquivalente	23,5	23,5	19,5

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	161	11	26,5
davon Zuschüsse	161	11	26,5
Eigenkapital (in %)	2,6	9,3	7,1
Cashflow			
aus der laufenden Geschäftstätigkeit	700,3	-91,0	30,2
aus der Investitionstätigkeit	-281,4	-10,9	-49,0
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein (in %)	97,2	97,7	95,4

Geschäftsverlauf

Die NAH.SH hat im Geschäftsjahr 2014 eine Gesamtleistung von 2.324,7 T€ erwirtschaftet. Hiervon entfallen 2.259,4 T€ auf die Erlöse vom Land Schleswig-Holstein, was einen Anteil von 97,2 % der Gesamtleistung ausmacht. Den Erlösen und Erträgen standen Aufwendungen von rund 2.323,7 T€ gegenüber. Von den Aufwendungen entfällt der überwiegende Teil mit 1.570,1 T€ bzw. 67,5 % auf den Personalaufwand.

Die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein wurden benötigt, um im Jahr 2014 weitere Projekte im Auftrag des Landes in den Bereichen Angebotsplanung, Verkehrswirtschaft, Kommunikation sowie für sonstige Tätigkeiten weiterzuführen bzw. zu beginnen. Bspielhaft seien hier genannt

Fertigstellung des Entwurfs des Vierten Landesweiten Nahverkehrsplans (LNVP), der am 07.05.2014 im Wirtschaftsausschuss abschließend zur Kenntnis genommen wurde und Vorstellung des LVNP in diversen Gremien,

Start des Betriebs „Netz Mitte“ zum 14.12.2014 mit erheblichen Veränderungen im Fahrplan, die bereits weit im Vorfeld zu hohem Kommunikationsaufwand im öffentlichen und politischen Raum führten,

regelmäßige Fahrgasterhebungen und -befragungen,

Vorbereitung der Errichtung von sieben neuen Stationen,

Unterstützung des MWAVT bei der Umsetzung des Achsenkonzeptes, u.a. Betreuung und Vorplanung zum Ausbau der Schienenverbindung S4 und Ausbau der AKN-Stammstrecke S21,

Weiterentwicklung des S-H-Tarifs,

Abschluss des Vergabeverfahrens für die Fahrzeugbereitstellung 2015-2034 im Netz West

Unterstützung des bundesweiten Gutachtens der Länder zur Revision der Regionalisierungsmittel,

Weiterentwicklung des NAH.SH-Corporate Designs im Sinne des neuen Landesdesigns und Umsetzung.

Wesentlicher Bestandteil Ihrer Tätigkeit in 2014 war die Gründung des Verkehrsverbundes Schleswig-Holstein in Abstimmung mit dem MWAVT, Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen sowie die Entwicklung der LVS GmbH zur NAH.SH GmbH mit Erweiterung des Aufgabenbereichs. Die Gesellschafter haben der Umfirmierung im Jahr 2014 zugestimmt. Mit der Erweiterung des Aufgabenbereichs ist die NAH.SH künftig nicht mehr nur noch für die Planung und Organisation des Schienenpersonennahverkehrs zuständig, sondern auch für die Planung und Organisation des übrigen Personennahverkehrs. Hierzu wurde zwischen den Gesellschaftern eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen. Ziel ist es, den ÖPNV zu stärken und mehr Fahrgäste zu akquirieren.

Die Kennzahlen zeigen, dass die NAH.SH ihrem Gesellschaftszweck entsprechend überwiegend auf die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein angewiesen ist. Aktuell und absehbar sind keine bestandsgefährdenden Risikoentwicklungen sichtbar oder zu erwarten.

Die NAH.SH hat im Jahr 2014 einen Betrag von rd. 2,3 Mio. € als Zuschuss aus dem Landeshaushalt erhalten. Für 2015 wird ebenfalls mit einem Zuschuss von rd. 2,3 Mio. € gerechnet.

Ausblick

Im Jahr 2016 wird die NAH.SH ihren Fokus weiterhin insbesondere auf die Planung und Durchführung von Verbundaufgaben des neu gegründeten Verkehrsverbundes richten.

Hierfür werden in 2016 voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von rund 2,4 Mio. € als Landeszuschuss benötigt.

**Schlossgarten 1**

25832 Tönning

Telefon: 04861/ 9620 – 0

Fax: 04861/ 9620 – 10

Mail: info@multimar-wattforum.deInternet: www.multimar-wattforum.de**Unternehmensaufgabe**

Aufgabe der NPS ist die Förderung des Nationalparks Wattenmeer, des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens, insbesondere durch die Verwaltung und Erhaltung der dafür im Eigentum des Gesellschaft stehenden Gebäude und Einrichtungen und die Förderung der Kommunikation, Kooperation und gegenseitigen Abstimmung zwischen den Gesellschaftern und der Nationalparkverwaltung im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN). Diese Unternehmensaufgabe verwirklicht die NPS insbesondere durch die Verwaltung, die Erhaltung und den Betrieb des Nationalpark-Zentrums „Multimar Wattforum“ in Tönning und von Nationalpark-Häusern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der NPS	50.000	100,00
davon:		
Land Schleswig-Holstein	27.500	55,00
Kreis Nordfriesland, Kreis Dithmarschen, Naturschutzbund Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V., Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V., Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Mittleres Nordfriesland e.V., Verein „De Wattenlöpers“ Fachverband der Wattführerinnen und Wattführer im Nationalpark Schleswig-Holstein-Holsteinisches- Wattenmeer e.V., WWF Umweltstiftung Deutschland, Nordsee-Tourismus-Service GmbH	2.500	5,00
Jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Gerd Meurs-Scher

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	7.609	7.694	7.767
Liquide Mittel	1.136	1.127	1.156
Umlaufvermögen	1.205	1.300	1.309
Eigenkapital	1.109	1.211	1.146
Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	7.123	7.227	7.355
Bilanzsumme	8.814	8.994	9.076

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	957	951	1.021
davon aus Eintrittsgeldern „Multimar Wattforum“	845	839	896
Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein	924	1.033	697
davon	727		
Zuschuss zur Betriebsführung	0	727	697
Ausgleichsgelder		0	0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	311	322	361
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.657	1.481	1.572
Abschreibungen	367	373	405
Sonstige betriebliche Aufwendungen	284	426	166
davon Zuführung zum Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	207	194	54
Jahresergebnis	-102	65	45

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Betriebsführung erfolgt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKN. Die Geschäftsführung der NPS ist eine Teilaufgabe eines – für diesen Aufgabenbereich nicht weisungsgebundenen – Mitarbeiters des LKN.

Kennzahlen	2014	2013	2012
Besucherzahl (Personen)	160.769	151.997	160.601
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	291	271	164

Geschäftsverlauf

Die Erträge der NPS resultieren im Wesentlichen aus Zuwendungen des Landes und den Umsatzerlösen des „Multimar Wattforums“. Die Eintrittsgelder des Nationalparkzentrums haben im Geschäftsjahr 2014 mit 38 % (Vorjahr: 36 %) zur Gesamtleistung beigetragen. Ziel ist es, ihren Anteil an der Gesamtfinanzierung zu erhöhen. Allerdings schwanken die Besucherzahlen erheblich innerhalb des Geschäftsjahres und sind in der Hochsaison (Frühjahr bis Frühherbst) sehr stark von den Wetterverhältnissen abhängig.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde erstmals ein negatives Jahresergebnis von rund 102 T€ erzielt. Trotz gesteigerter Besucherzahlen konnten die Erlöse aus Eintrittsgeldern nur unwesentlich gesteigert werden. Dies liegt hauptsächlich an einer Verschiebung der Besucherstruktur und einem einhergehenden deutlichen Zuwachs an preisgünstigeren Familienkarten. So konnten Kostensteigerungen, insbesondere durch erhöhte Aufwendungen für Personal und bezogene Waren und Dienstleistungen sowie einen Einmaleffekt, nicht kompensiert werden. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung angemessen, Finanzschulden bestehen nicht. Das Anlagevermögen der NPS wurde insbesondere durch Investitionszuschüsse finanziert, so dass der zugehörige Sonderposten entsprechend hoch dotiert ist.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass im Jahr 2014 aus dem Landeshaushalt Zuwendungen in Höhe von 927 T€ der NPS zugeflossen sind; hierin ist jedoch eine Projektförderung in Höhe von 197 T€ enthalten.

Im Jahr 2015 lagen die Besucherzahlen mit rd. 170.000 erneut über denen des Vorjahres.

Ausblick:

Auch im Jahr 2016 wird es das Ziel sein, das noch nicht ausgeschöpfte Besucherpotenzial des „Multimar Wattforums“ weitergehend zu erschließen und steigende Zahlen zu erreichen. Darüber hinaus wird ein Tätigkeitsschwerpunkt in der Planung zur Erweiterung der Außenanlage liegen.

Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR



Memellandstr. 15
24537 Neumünster
Telefon: 04321 / 55920
Fax: 04321 / 5592190
Mail: poststelle@forst-sh.de
Internet: www.forst-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die SHLF bewirtschaftet ihre Waldflächen und ihr sonstiges Vermögen in eigener Verantwortung und nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Landeswaldgesetzes, des Landesjagdgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsprinzips als öffentliche Aufgabe in eigener Verantwortung. Die SHLF erbringt als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung besondere Gemeinwohleleistungen der Waldpädagogik und der Umweltbildung, des Naturschutzes, der Erholung, des Ankaufs von Grundstücken und der Neuwaldbildung sowie der Ausbildung.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der SHLF	100.000.00 0	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.00 0	100,00

Direktor

Tim Scherer

Verwaltungsrat

- Dr. Silke Schneider (Vorsitzende), MELUR SH
- Thorsten Elscher, MELUR SH
- Hartmut Hamerich, MdL
- Olaf Herold, Personalrat SHLF
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Sandra Redmann, MdL
- Karin Reese-Cloosters (stellv. Vorsitzende), FM SH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen	in €	in %
Schleswig-Holsteinische Landesforsten Service GmbH	250.000	100,00

Die Gesellschafterversammlung hat am 27. März 2014 die Liquidation der Gesellschaft beschlossen.

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen			
davon Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	496.162 491.437	511.837 507.711	516.123 507.650
Fertige Erzeugnisse und Waren	3.694	2.697	1.716
Liquide Mittel	10.241	3.611	2.981
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.880	3.187	4.287
Eigenkapital	508.180	515.843	515.154
davon gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	407.473	407.473	407.473
Rückstellungen	6.195	5.631	5.036
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.408	3.577	2.776
Bilanzsumme	517.547	524.894	523.060

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	30.840	16.915	14.686
davon aus Holzverkauf	27.750	13.793	12.036
Sonstige betriebliche Erträge	5.778	4.702	7.267
davon Zuschuss aus dem Landeshaushalt	3.287	3.287	4.289
Materialaufwand	13.177	5.825	5.050
Personalaufwand	10.415	9.886	9.809
Abschreibungen	16.510	1.992	1.876
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.833	3.874	3.681
Jahresergebnis	-7.391	800	1.478

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	182	183	178
davon			
Frauen	36	26	24
Männer	146	157	154
Auszubildende	16	16	16
Teilzeitbeschäftigte	19	10	3
Vollzeitäquivalente	175,5	172,9	177,08

Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	3.582	3.579	3.709
davon für den Ankauf neuer Flächen	356	1.698	
Zuschussentwicklung	3.287	3.287	4.289
davon Betriebskostenzuschuss	-	-	806
davon Zuschuss für Gemeinwohlleistung	3.287	3.287	3.483
Holzeinschlag (ca. in Tfm)	452	258	216
Durchschnittserlös je Festmeter (ca. in €)	59,79	54	59

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsjahre 2014 und 2015 waren geprägt durch die Aufarbeitung und Wiederaufforstung der Schäden aus den Stürmen Ende 2013. Dank einer stabilen Holzmarktentwicklung und der hohen Nachfrage führte der erhöhte Holzverkauf auch zu einer Steigerung der Einnahmen.

Das Hauptgeschäftsfeld der SHLF ist der Holzverkauf. Im Geschäftsjahr 2014 entfielen 27.750 €, 87,63 % (2013: 81,5 %) der Umsatzerlöse der SHLF auf das Hauptgeschäftsfeld Holz.

Die Umsätze bei den Nichtholzprodukten sind im Geschäftsjahr 2014 mit 3.090 T€ etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

Im Jahr 2014 wurden auf insgesamt 15,5 ha Fläche neuer Wald geschaffen.

Die Geschäftsentwicklung in 2014 litt allerdings unter der Ausweisung von rd. 1.700 ha zusätzlichem Naturwald. Diese Flächen dürfen nicht mehr bewirtschaftet werden. Auswirkungen hat dies sowohl auf den jährlichen erntekostenfreien Holzerlös, der sich dadurch absenkt sowie auf eine außerordentliche Buchwertabschreibung in großer Höhe im Jahr 2014.

Um grundsätzlich auf die wirtschaftlichen Risiken besser reagieren zu können, soll langfristig eine Rücklage gebildet werden. Die rechtliche Möglichkeit dafür wurde mit der Ermächtigung zur Bildung einer satzungsmäßigen Rücklage geschaffen.

Ferner ergibt sich aus den Unternehmensdaten, dass aus dem Landeshaushalt ein Betrag in Höhe von 3.287 T€ der SHLF zugeflossen ist. Dieser stellt einen Zuschuss für Gemeinwohlleistungen gemäß der Zielvereinbarung mit dem zuständigen Fachressort dar. Ein Betriebsmittelzuschuss wird seit 2013 nicht mehr gewährt.

Im ersten Quartal 2014 hat der Verwaltungsrat auf Vorschlag der Geschäftsführung beschlossen, die Schleswig-Holsteinische Landesforsten Service GmbH als 100prozentige Tochtergesellschaft der SHLF zu liquidieren. Die Geschäftsfelder sollen durch die Anstalt fortgeführt werden.

Das Land Schleswig-Holstein trägt nach § 3 des Gesetzes über die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten die Gewährträgerhaftung für die SHLF.

Ausblick

Nach der Windwurfaufarbeitung in 2014 und der Ausweisung der Naturwaldflächen, muss für die Folgejahre der Hiebsatz als Grundlage für die mögliche Holzeinschlagmenge neu hergeleitet werden. Dieser wird die wesentliche Grundlage für die Geschäftsentwicklung der SHLF bilden. Zusätzlich sollen neue Geschäftsfelder zur Stabilisierung der Umsätze beitragen.

Grundsätzlich kann die zukünftige finanzielle Entwicklung von nicht durch die SHLF beeinflussbaren Faktoren wie beispielweise die Entwicklung der Holzpreise, Kalamitäten oder globale Finanzkrisen beeinträchtigt werden. Beispiel waren die großen Stürme im Herbst/Winter 2013/2014. Derzeit macht ein um sich greifendes Eschensterben den Landesforsten zu schaffen.

Die Entwicklung der SHLF ist darauf ausgerichtet, schrittweise die Risiken im Wirtschaftsbereich selbst zu tragen.

Zur Absicherung der unkalkulierbaren Risiken ist die SHLF nach wie vor bestrebt, ausreichend hohe Liquiditätsreserven zu bilden.



Steckelhörn 12
20457 Hamburg

Tel: 040 42831-1766
Fax: 040 42831-1700

Fröbelstraße 15 - 17
24113 Kiel

Telefon: 0431 6895-0
Fax: 0431 6895-9498

E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

Internet: www.statistik-nord.de

Unternehmensaufgabe

Die Anstalt ist die zentrale Dienstleisterin für die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Sie erfüllt alle ihr oder den früheren Statistischen Landesämtern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung sowie alle diesen zum Zeitpunkt der Anstaltserrichtung obliegenden Aufgaben. Die Anstalt vertritt zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins bei der Mitwirkung in Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt und berät als fachkundige Stelle Hamburg und Schleswig-Holstein in allen Fragen der Statistik.

Eligenschaftsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital:	1.663.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	873.000	52,50
Freie und Hansestadt Hamburg	790.000	47,50

Vorstand

Helmut Eppmann

Verwaltungsrat

Johanna Westphalen (Vorsitzende), BIS HH
Hans-Hermann Witt (stellvertretender Vorsitzender), MIB SH
Rainer Braun, FB HH
Karin Reese-Cloosters, FM SH
Thorsten Quiel, Beschäftigtenvertreter Statistikamt Nord

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Umlaufvermögen	20.246	21.156	18.683
Eigenkapital	2.866	3.421	2.364
davon			
gezeichnetes Kapital	1.663	1.663	1.663
Gewinnrücklage	1.486	429	5.728
Jahresüberschuss	-555	1.057	-5.300
Rückstellungen	37.712	34.387	31.707
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	35.289	31.092	27.761
Verbindlichkeiten	430	625	328
davon erhaltene Anzahlungen	0	0	0
Bilanzsumme	41.023	38.446	34.408

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Transfererträge	27.862	28.700	27.165
Umsatzerlöse	395	280	3.179
Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen	0	0	-2.213
Aufwand für bezogene Leistungen	3.227	4.122	5.376
Personalaufwand	21.297	20.136	20.796
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.801	4.918	5.571
Jahresergebnis	-555	1.057	-5.300

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	394	407	474
davon			
Frauen	224	233	270
Männer	170	174	204
Auszubildende	3	1	1
Teilzeitbeschäftigte	85	119	103
Vollzeitäquivalente	335,18	339,09	393,96
Kennzahlen	2014	2013	2012
Sachanlageinvestitionen	132	253	238
Gesamtleistung (in T€)	28.257	28.980	28.131
Cashflow i.e.S. (in T€)	1.980	3.470	-3.626
Free Cashflow (in T€)	-26.050	-25.519	-31.072
Personalaufwand von Gesamtleistung (in %)	70,2	69,5	73,9

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage zeigt, dass sich das Statistikamt vornehmlich durch Zuschüsse der Trägerländer finanziert und stark von Projekten abhängig ist. Insgesamt hat das Statistikamt im Jahr 2014 ein positives Betriebsergebnis erzielt. Die Betriebsaufwendungen sind um 0,7 Mio. € gestiegen und hauptsächlich auf die gestiegenen Personalaufwendungen und höhere Versicherungsbeiträge für die Rückdeckungsversicherung zurückzuführen. Das negative Finanzergebnis sowie das negative neutrale Ergebnis belasten mit rd. 2,1 Mio. € die Ertragslage. Insgesamt ergibt sich somit ein Jahresfehlbetrag von rd. 555 T€.

Das Statistikamt Nord hat in 2014 insgesamt 263 Statistiken für Schleswig-Holstein und 242 Statistiken für Hamburg durchgeführt und die aufbereiteten Landesergebnisse innerhalb eines festen Terminplans an das Statistische Bundesamt geliefert. In 2014 wurden insgesamt 1.398 durch nationale oder europäische Gesetzgebung vorgegebenen Liefertermine erfüllt, davon 719 für Schleswig-Holstein und 679 für Hamburg.

Mit dem Inkrafttreten des neuen § 11a Bundesstatistikgesetz zum 01.08.2013, der Unternehmen und Betriebe sowie öffentliche Stellen zur Nutzung der von der amtlichen Statistik vorgehaltenen Online-Meldevorgang verpflichtet, ist der Anteil der Datenmeldungen der auskunftspflichtigen Stellen per Internet 2014 weiter kontinuierlich gestiegen. Ende 2014 bieten die Statistikämter für insgesamt 69 Jahresstatistiken elektronische Meldevorgang zur Online-Übermittlung der Daten an, die von über 60 % der Berichtspflichtigen zur Datenübermittlung genutzt werden. Bei den monatlich erhobenen Statistiken beträgt der Anteil der Online-Meldungen über 76 %, während er bei den Quartals-Statistiken bereits bei über 78 % liegt.

Die Arbeiten zur Aufbereitung und allgemeinen Veröffentlichung der Erhebungsergebnisse des Zensus 2011 wurden im Jahr 2014 fortgeführt. Darüber hinaus wurde Ergebnisse für spezielle Nutzeranfragen aufbereitet sowie Vorbereitungen zur Veröffentlichung kleinräumiger Zensusdaten für Hamburg auf Stadtteilebene und für Schleswig-Holstein für nahezu alle Gemeinden nach Gemeindeteilen zur Bereitstellung von Datengrundlagen für den Breitband-Ausbau getroffen. Die wesentliche Arbeit bestand an dieser Stelle in der Aufnahme und Prüfung der Daten der kleinräumigen Gliederungen, auf deren Basis die eigentliche Sachdatenauswertung erfolgen soll.

Ein besonderer Schwerpunkt der Zensusarbeiten im Jahr 2014 galt der Evaluierung des Zensus 2011. Das Bundesinnenministerium hat eine zentrale Evaluierung angestoßen und einen externen Gutachter bestellt, der Ende 2016 seinen Abschlussbericht vorlegen soll. Bei der Evaluierung geht es in erster Linie um die gesetzliche Ausgestaltung des Verfahrens und die Organisation des Zensus 2011 sowie um Optimierungsvorschläge für den Zensus 2021. Alle maßgeblichen Zensusakteure hatten hierzu bis Ende 2014 einen zentralen Fragebogen auszufüllen. Auf Basis der Ergebnisse hat der externe Gutachter bis Mitte 2015 Expertengespräche mit den Zensusakteuren geführt. Daneben wurde eine Arbeitsgruppe auf Länderebene gegründet, die eine Evaluierungsunterlage im Sinne einer Stärken-Schwächen-Analyse sowie ein Managementsummary erarbeiten soll mit dem Ziel, eine angemessene Berücksichtigung der Länderinteressen im Evaluierungsprozess und bei der Verfahrens- und Gesetzentwicklung für den Zensus 2021 sicherzustellen. Dieser Bericht wird dem Statistischen Bundesamt und den Dienstaufsichtsbehörden der Länder vorgelegt.

Das Statistikamt Nord finanziert sich in erster Linie über Zuschüsse der Trägerländer. Im Jahr 2014 hat es rund 15,7 Mio. € als Transfererträge aus dem Landeshaushalt S-H erhalten.

Für 2015 ist ein Betrag von rd. 15,7 Mio. € als Zuschuss aus dem Landeshaushalt vorgesehen.

Ausblick

Das Statistikamt wird seine ihm nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung obliegenden Aufgaben nach den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit auch zukünftig kompetent, zuverlässig effizient und kundenorientiert erledigen.

Zum 01.10.2014 wurde vom Verwaltungsrat des Statistikamtes das Projekt „Evaluierung der Rahmenbedingungen für die amtliche Statistik in Hamburg und Schleswig-Holstein – Projekt EvaStat“ ins Leben gerufen. Nachdem sich die Projekte „GESTA“ und „ProNeus“ sowie der Masterplan insbesondere mit der Organisation und den internen Arbeitsabläufen des Statistikamtes beschäftigt haben, widmet sich das Projekt EvaStat vor allem den äußeren Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik. Das Projekt EvaStat wird sich in den nächsten Jahren der Themenbereiche

- Untersuchung der rechtlichen Rahmenbedingungen von der Europäischen Ebene über die Bundesebene bis zur Länderebene mit ihren Vorgaben und Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung des Statistikamtes,
- Untersuchung der Rahmenbedingungen und Konsequenzen aus der Zusammenlegung der beiden Landesämter zum 01.01.2004 zum Statistikamt Nord als Anstalt öffentlichen Rechts und
- Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten des Statistikamtes mit anderen Statistikämtern und sonstigen Einrichtungen

annehmen.

Der Zuschussbedarf wird sich im Jahr 2016 auf voraussichtlich rd. 15,4 Mio. € belaufen.

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR



Arnold-Heller-Straße 3
24105 Kiel
Telefon: 0431 597-0

Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck
Telefon: 0451 500-0

Mail: info@uksh.de
Internet: www.uksh.de

Unternehmensaufgabe

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die ihm übertragenen sonstigen Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Das Klinikum hält in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Medizin-Ausschuss die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Festgesetztes Kapital (gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung - KHBV)	19.364.586 €	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	19.364.586 €	100,00

Vorstand

- Prof. Dr. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender und Vorstand für Krankenversorgung,
- Peter Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand
- Christa Meyer, Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice

Aufsichtsrat

- Rolf Fischer (Vorsitzender), Staatssekretär im MSGWG SH
- Dr. Philipp Nimmermann (stellvertretender Vorsitzender), Staatssekretär im FM SH
- Anette Langner, Staatssekretärin im MSGWG SH
- Prof. Dr. Lutz Kipp, Präsident der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Prof. Dr. Enno Hartmann, Vizepräsident der Universität zu Lübeck
- Dr. Waltraud Anemüller, Vertreterin der wissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Karen Schröder, Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Prof. Dr. Joachim Thiery, Universität Leipzig, Sachverständiger aus der medizin. Wissenschaft
- Marianne Boskamp, Fa. Pohl-Boskamp, Sachverständige aus der Wirtschaft

Der Gesamtaufwand an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten des Aufsichtsrats des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 936,70 €.

Beteiligungen:	Stammkapital (in €)	Anteil UKSH (in %)
Zentrum für Integrative Psychiatrie ZIP gGmbH	25.000	100
Medizinisches Versorgungszentrum der ZIP gGmbH (Tochter der ZIP gGmbH)	25.000	100
UKSH Akademie gGmbH	25.000	100
Service Stern Nord GmbH	25.000	100
Ambulanzzentrum des UKSH gGmbH	25.000	100
UKSH Energy GmbH	25.000	100
Dialog Diagnostiklabor GmbH	25.000	75
UKSH Gesellschaft für IT Services mbH - ITSG	25.000	51
UKSH Gesellschaft für Informationstechnologie mbH - GfIT	25.000	51
Universitäre Kinderwunschzentren GmbH	25.000	51
MVZ am Karl-Lennert-Krebszentrum GmbH	25.000	50
UniTransferKlinik Lübeck GmbH	170.000	47
Medizinisches Laserzentrum Lübeck GmbH	95.000	11

**Unternehmensdaten auf Basis des Konzernabschlusses
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	671.581	644.884	642.944
Umlaufvermögen	284.742	225.383	237.188
Eigenkapital	448	0	0
Anteile anderer Gesellschafter	448	-71	-16
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	214.816	183.855	144.085
Bilanzverlust	236.181	205.219	165.450
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	535.542	556.996	570.183
Rückstellungen	57.902	59.493	61.214
Verbindlichkeiten	579.113	439.111	394.772
Bilanzsumme	1.175.142	1.055.599	1.026.169

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	704.755	663.626	633.066
Drittmittelerträge	54.665	51.804	56.800
Zuwendungen des Bundes für Investitionen	5.012	12.151	17.517
Zuwendungen des Landes	130.879	129.552	122.588
davon für Forschung und Lehre	94.329	92.365	111.301
Sonstige betriebliche Erträge	147.056	142.436	138.295
Materialaufwand	222.890	209.664	196.716
Aufwendungen für bezogene Leistungen	42.978	43.757	41.953
Personalaufwand	570.409	554.585	535.851
Jahresergebnis	-30.880	-39.425	-24.941

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamtanzahl (Personen)	11.819	11.782	11.591
davon			
Frauen	8.660	8.661	8459
Männer	3.159	3.121	3132
Auszubildende	671	658	592
Teilzeitbeschäftigte	5.118	5.137	4.873
Vollzeitäquivalente	9.311	9.338	9.057

Kennzahlen	2014	2013	2012
Umsatzrentabilität	-4,38	-5,93	-3,94
Produktivität Je Vollkraft (in T€)	75,69	71,55	69,90
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-19.068	-30.003	-32.835
Bettenzahl	2.622	2.396	2.396
Berechnungstage	785.432	778.702	766.835
Fallzahl	107.469	105.237	103.973
Durchschnittliche Verweildauer je Patient in Tagen	7,31	7,40	7,38

Geschäftsverlauf

Das UKSH ist das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Schleswig-Holstein und gewährleistet an über 86 Kliniken, Sektionen und Instituten gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck eine umfassende universitäre medizinische Versorgung und Forschung im Lande. In Bezug auf die Anzahl der Betten und die Anzahl der behandelten Patienten ist es eine der drei größten Universitätskliniken in Deutschland.

Nach wie vor haben die Krankenhäuser mit der angespannten Lage auf dem ärztlichen und pflegerischen Arbeitsmarkt zu kämpfen. Die sogenannten Extremkostenfälle, deren Kosten nicht adäquat durch die DRG (Diagnosis Related Groups - diagnosebezogene Fallgruppen) von den Krankenkassen vergütet werden, führen bei den Maximalversorgern zu wirtschaftlichen Einbußen. Die vielen weiteren schwierigen Rahmenbedingungen wie erheblicher Sanierungsstau bei den Kliniken auf beiden Campus, vergleichsweise sehr niedriger Landesbasisfallwert in Deutschland, Kürzung der Landeszuweisungen, unzureichende Finanzierung von beispielsweise Notfallvorhaltung und Ambulanzen prägten auch das Geschäftsjahr 2014. Trotz des schwierigen Umfelds war es dem UKSH nahezu möglich, im Geschäftsjahr 2014 das Jahresergebnis des Wirtschaftsplanansatzes in Höhe von -30,0 Mio. € zu erreichen.

Im Geschäftsjahr sind Zuschüsse in Höhe von insgesamt 130.879 T€ aus dem Landeshaushalt ans UKSH geflossen. Davon wurden an die Universitäten in Kiel und Lübeck für Forschung und Lehre inklusive des Medizinausschusses 94.329 T€ weitergeleitet.

Die Tochtergesellschaften erwirtschafteten überwiegend positive Jahresergebnisse.

Ausblick

Die Ergebnis-Entwicklung 2014/15 zeigt zwar einen positiven Trend, aber eine positive Umsatzrentabilität und somit ein positives Betriebsergebnis sind kurzfristig noch nicht zu erwarten.

Der Vorstand ist davon überzeugt, dass mit Umsetzung des baulichen Masterplans sowie weiteren flankierenden Maßnahmen der Konzern sein wirtschaftliches Ergebnis mittel- bis langfristig deutlich verbessern wird.



Lorentzendam 24

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 66 66 6 - 0

Fax: 0431 / 66 66 6 - 7 67

Mail: info@wtsh.de

Internet: www.wtsh.de

Unternehmensaufgabe

Zu den Aufgaben der WTSH gehören

die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen.

die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

die Förderung der Wirtschaft durch Maßnahmen zur Stärkung von Technologietransfer und Innovation.

die Intensivierung des Wissenstransfers durch Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und insbesondere mittelständischen Unternehmen.

die Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Förderung einschl. der Beratung über die öffentliche Förderung, sowie die auftragsweise Abwicklung von Förderprogrammen in den Bereichen Außenwirtschaft, Innovation und Technologietransfer.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der WTSH	400.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	204.000	51,00
IHK Flensburg	32.000	8,00
IHK Kiel	64.000	16,00
IHK Lübeck	64.000	16,00
Hochschul-GbR	18.000	4,50
Handwerkskammer Flensburg	9.000	2,25
Handwerkskammer Lübeck	9.000	2,25

Geschäftsführer

Dr. Bernd Bösche

Aufsichtsrat

Jörg Orlemann (Vorsitzender), IHK zu Kiel
Dr. Frank Nägele (stellvertretender Vorsitzender), MWAVT SH
Prof. Dr. Udo Beer, FH Kiel
Dr. Rolf Bösing, BWVI HH (für SH)
Udo Hansen, Handwerkskammer Flensburg
Marion Bargmann, FA NF
Lars Schöning, IHK zu Lübeck
Peter Michael Stein, IHK zu Flensburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2014 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil (in %)
Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Entwicklungen in Schleswig-Holstein GmbH (PVA SH GmbH)	10	20,00

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2014	2013	2012
Anlagevermögen	176	169	206
Umlaufvermögen	1.226	1.456	1.320
Eigenkapital	400	400	400
Sonderposten mit Rücklagenanteil	176	169	206
Rückstellungen	278	273	283
Bilanzsumme	1.672	1.725	1.569

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	3.141	2.692	3.236
Projektzuschüsse	1.375	1.551	1.411
sonstige betriebliche Erträge	3.135	3.088	2.917
davon Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung)	2.637	2.333	2.435
Personalaufwand	4.546	4.497	4.334
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.616	2.348	2.688
Jahresergebnis	0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2014	2013	2012
Gesamt	80,5	80,25	77
davon			
Frauen	51,75	49,50	48,25
Männer	28,75	30,75	28,75
Auszubildende	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte	25,5	22	18,25
Vollzeitäquivalente	68,38	70,51	71,96
Kennzahlen	2014	2013	2012
Ansiedlungen (Anzahl)	36	28	33
geschaffene Arbeitsplätze (Anzahl)	693	513	694
Finanzierungsanteil des Landes an den gesamten Nettoerträgen	55%	54%	55%
Fördervolumen Technologieförderung (Mio. €)	2,4	10,9	9,1

Geschäftsverlauf

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie in den Vorjahren insbesondere durch institutionelle Förderung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung. Der Anteil der institutionellen Grundfinanzierung an den gesamten Nettoerträgen der WTSH lag in 2014 bei knapp 40% (2013: 39%). Dieser Wert bleibt aber immer noch hinter den Jahren 2009, 2010 und 2011 zurück.

Die Höhe der Projektzuwendungen lag im Jahr 2014 unter dem Rekordwert des Vorjahres, jedoch ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2012. Der relative Anteil der Projektzuwendungen in Relation zum Nettogesamtumsatz verringerte sich von knapp 22% im Jahr 2013 auf knapp 19% im Jahr 2014.

Die Industrie- und Handelskammern finanzierten auch in 2014 zusätzlich zu ihrer institutionellen Förderung anteilig zwei Projekte.

Die institutionelle Förderung des Landes betrug im Geschäftsjahr 2.637 T€.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Finanzierung der WTSH-Aktivitäten zum deutlich größten Teil durch das Land Schleswig-Holstein. Der relative Anteil der Landesfinanzierung lag in 2014 bei gut 55%.

Ausblick

Die Bezuschussung durch die Gesellschafter bleibt weiterhin die finanzielle Grundlage des Geschäftsbetriebes der WTSH. Die Höhe der institutionellen Förderung entspricht in der Summe im Jahr 2015 dem Wert des Vorjahres. Anders als in den Vorjahren wird diese jedoch nicht als Fehlbetrag sondern als Festbetragsfinanzierung gewährt werden.

Ergänzend werden projektbezogene Zuwendungen und Entgelte für Dienstleistungen zur Finanzierung verwendet.

Vertreter des Landes in Kontrollgremien

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Ahrens, Dr. Helde	MSGWG SH	HZG
Andresen, Mona	MWAVT SH	AKN
Bargmann, Marion	FA Nordfriesland	WTSH
Bieler-Seelhoff, Susanne	MJKE SH	FFSH
Bösinger, Dr. Rolf	BWVI HH	WTSH
Buck, Dr. Renée	MSGWG SH	InphA
Däuber, Peter	FM SH	HSH Finanzfonds
Elscher, Thorsten	MELUR SH	SHLF
Fischer, Rolf	MSGWG SH	GM.SH LSN UKSH (Vorsitzender)
Grützner, Johannes	MELUR SH	Bürgschaftsbank
Hoppe, Ursel	MJKE SH	GM.SH
Kampschulte, Friederike	MWAVT SH	EDN (Vorsitzende)
Klein, Regina	FM SH	EDN GOES
von Knobelsdorff, Kurt Christoph	MWAVT SH	Bürgschaftsbank (Vorsitzender) EKSH
Korth, Arne	MWAVT SH	ZTS
Kruse, Dr. Martin	IHK Kiel	GBS
Küblitz-Schwind, Roland	MELUR SH	GBS (Vorsitzender)
Langner, Anette	MSGWG SH	UKSH
Losse-Müller, Thomas	StK SH	Dataport

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Nägele, Dr. Frank	MWAVT SH	DEGES IB.SH LSN NAH.SH (Vorsitzender) WTSH
Nestle, Dr. Ingrid	MELUR SH	EKSH IB.SH
Nimmermann, Dr. Philipp	FM SH	GM.SH (Vorsitzender) HSH Nordbank IB.SH (Vorsitzender) UKSH
Reese-Cloosters, Karin	FM SH	NAH.SH SHLF StaNord
Rossow, Torben	FM SH	GBS GKL
Schnelder, Dr. Silke	MELUR SH	SHLF (Vorsitzende)
Schröder, Jan Peter	Kreis Segeberg	AKN
Söllner-Winkler, Manuela	MIB SH	GM.SH IB.SH Olympia GmbH
Sorgenfrei, Dr. Christiane	FM SH	AKN (Vorsitzende) Bürgschaftsbank HSH Finanzfonds
Vanini, Prof. Dr. Ute	FH Kiel	IB.SH
Wasielewski, Dr. Andreas	MELUR SH	GOES (Vorsitzender)
Weber-Braun, Elke	selbst. Wirtschaftsprüferin	IB.SH
Witt, Hans-Herrmann	MIB SH	StaNord

0

0

AKN	AKN Eisenbahn AG
BIS HH	Behörde für Inneres und Sport Hamburg
BWFG HH	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BSU HH	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
BWFG HH	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg
BWVI HH	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
EDN	Eichdirektion Nord AöR
EM MV	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
EKSH	Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein mbH
EZB	Europäische Zentralbank
FB HH	Finanzbehörde Hamburg
FFHSH	Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH
FH Kiel	Fachhochschule Kiel
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FM SH	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
FM MV	Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
FM NI	Finanzministerium des Landes Niedersachsen
GBS	Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKL	Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR
GMSH	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
GOES	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

HB	Freie Hansestadt Bremen
HE	Hessen
HGV	Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
HIS	HIS Hochschul-Informations-System eG
HHA	Hamburger Hochbahn AG
HMWVL HE	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HZG	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH
IB.SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR
IHK	Industrie- und Handelskammer
InphA	Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH
KB HH	Kulturbehörde Hamburg
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR
LHS Kiel	Landeshauptstadt Kiel
LKN	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
LSN	Life Science Nord Management GmbH
MA HSH	Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein
MBWSV NW	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
MdL	Mitglied des Landtages
MI ST	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
MSB SH	Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein
MELUR SH	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
MIB SH	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
MIL BB	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
MJKE SH	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein
MLV ST	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
MSGWG SH	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

MVI BW	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
MWAVT SH	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein
NAH.SH	Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NF	Nordfriesland
NI	Niedersachsen
NPS	Nationalpark-Service gGmbH
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SenStadtUm BE	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin
SF Bremen	Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen
SHEREG	Schleswig-Holsteinische Entsorgungs- + Recycling GmbH
SHLF	Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR
SHLT	Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
SL	Saarland
SMWA SN	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StK SH	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
SUBV HB	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr des Landes Bremen
TMIL TH	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
UKSH	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR
UV Nord	Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.
WTSH	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZTS	Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH